STADT STEIN AM RHEIN

# Sitzung 07/17 des Einwohnerrates

Montag, 18. Dezember 2017, 20.00 - 00.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

---

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Vorsitz: | Schäffeler | René | FDP | Präsident |
| **Anwesend:** | Einwohnerrat | | | |
| | Dean Wüthrich | Cornelia | SP | |
| | Derrer | Jörg | SP | Vizepräsident |
| | Götz | Claudio | Pro Stein | |
| | Leu | Beat | Freie Liste | |
| | Marchetto | Gian Luca | SVP | |
| | Metzger | Ruth | SVP | |
| | Ochsner | Daniel | SVP | Stimmenzähler |
| | Spalinger | Nadja | parteilos | Aktuarin |
| | Vetterli | Markus | SP | Stimmenzähler |
| | Vetterli | Ruedi | parteilos | |
| | Waldvogel | Marcel | parteilos | |
| | Stadtrat | | | |
| | Bandixen | Sönke | Stadtpräsident | |
| | Sigrist | Karin | Finanzreferentin | |
| | Gemperle | Christian | Baureferent | |
| | Schnarwiler | Thomas | Werkreferent | |
| | Ullmann | Corinne | Bildungsreferentin | |
| | Verwaltung | | | |
| | Bühler | Ernst | Stadtschreiber | |
| | Furger | Martin | Zentralverwalter | |
| | Grötchen | Robert | Weibel | |
| | Geschäftsprüfungskommission | | | |
| | Georg | Berner | Präsident | |
| **Entschuldigt:** | Wildberger | Ruth | SP | |
| | Strasser | Beatrice | Protokollführerin | |
| **Protokoll:** | Widmer | Yvonne | | |

**Traktanden**

40. Protokollgenehmigung
41. Einführung Arbeitsintegration auf den 01. Mai 2018
42. Strategischer Stellenplan 2018
43. Voranschlag 2018 der Einwohnergemeinde Stein am Rhein
44. Orientierungsvorlage: Sanierung Altlasten Areal Eggli
45. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2018
46. Wahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2017 - 2020
47. Allgemeine Umfrage

---

**Einwohnerratspräsident René Schäffeler** eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüsst die Anwesenden.

Entschuldigt hat sich Ruth Wildberger, anwesend sind 14 Einwohnerräte, das absolute Mehr liegt bei 8 Stimmen. Das Protokoll wird in Stellvertretung von Beatrice Strasser durch Yvonne Widmer verfasst.

Die Reihenfolge des Eintretens ist folgendermassen:

- Dritte Fraktion
- bürgerliche Fraktion
- SP-Fraktion

Die Unterlagen wurden fristgerecht in Papierform zugestellt. Ab 2018 soll der Zugriff auf das Extranet wieder möglich sein, der Papierversand wird damit aber etwas eingeschränkt werden. Dies wurde im Einwohnerrats-Büro soweit schon vorbesprochen.

Traktandenliste
**Marcel Waldvogel, parteilos,** möchte, dass die Besprechung der Richtlinien für den Kauf und Verkauf von Grundstücken als Orientierungsvorlage auf die Traktandenliste gesetzt wird.

**Einwohnerratspräsident Rene Schäffeler** denkt, dass der Stadtrates unter dem Traktandum «Allgemein Umfrage» darauf eingehen wird. Falls dies zeitlich nicht mehr möglich ist, kann das Thema an der nächsten Sitzung als Orientierungsvorlage behandelt werden.

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** ist mit diesem Vorgehen einverstanden.

Ebenfalls würde sich **René Schäffeler** aufgrund der umfangreichen Traktandenliste vorbehalten, die Orientierungsvorlage Eggli-Areal auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die vorliegende Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

## 40. Protokollgenehmigung

**Markus Vetterli, SP,** war an der letzten Sitzung abwesend. Er verweist auf Seite 156, 39. «Allgemeine Umfrage», Votum von Christian Gemperle. Das Protokoll sollte in seinen Aussagen selbsterklärend sein. Er bittet deshalb, dass dieser Absatz so umgeschrieben wird, dass man versteht, um welchen Artikel des Steiner Anzeiger es sich handelt.
Christian Gemperle wird diesbezüglich mit Beatrice Strasser Kontakt aufnehmen.

Das Protokoll der Sitzung vom 03.11.2017 wird einstimmig genehmigt.

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

**SOZIALES, Arbeit, Beschäftigungsprogramm** **08.05.005**

## 41. Einführung Arbeitsintegration auf den 01. Mai 2018

**Corinne Ullmann, Sozialreferentin,** informiert über das Projekt wie folgt:

*«Im September 2016 hat der Steiner Stadtrat beschlossen, aufgrund einer Präsentation des Arbeitsintegrations-Projektes der Gemeinde Steckborn, dessen Einführung auch für Stein am Rhein zu prüfen. Der Erfolg des Projektes in Steckborn, Eschenz und Wagenhausen/Rheinklingen ist beeindruckend.*

*Am 1. Februar 2017 startete die Arbeitsgruppe mit Dr. Ueli Böhni, Andrea Metzger und mir mit der Prüfung einer möglichen Umsetzung dieses Projektes in Stein am Rhein. Schnell war uns klar, dass das Projekt unbedingt umgesetzt werden soll. Die Gemeinde Ramsen würde sich ebenfalls anschliessen. Das Projekt beinhaltet in der Umsetzung 2 wichtige Prozesse. Der erste Schritt beinhaltet, die Langzeitarbeitslosen (bereits ausgesteuert) wieder an eine Tagesstruktur zu gewöhnen, ihnen eine regelmässige Beschäftigung zu bieten und so eine bessere Integration in ihr soziales Umfeld zu ermöglichen. Die Art oder der Inhalt der Beschäftigung ist in diesem ersten Teil nicht wichtig. Die Arbeit soll auf jeden Fall sinnvoll und ihren Fähigkeiten entsprechend sein, zielt jedoch nicht darauf, ihrer Ausbildung oder früheren Tätigkeiten zu entsprechen. Es geht beim Beschäftigungsprogramm lediglich darum zu prüfen, ob eine Arbeitsintegration im Arbeitsmarkt, welche der nächste Schritt wäre, überhaupt möglich ist. Wir wissen bereits jetzt, dass wir einige unserer Klienten nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt zurückbringen werden. Dies aufgrund gesundheitlicher Probleme, ihrem Migrationshintergrund oder auch, weil die einmal absolvierte Ausbildung resp. der Beruf zu wenig Arbeitsstellen bietet oder am Aussterben ist. Diese Klienten werden, wenn immer möglich, in einem Beschäftigungsprogramm verbleiben.*

*Während des Beschäftigungsprogramms wird der Sozialarbeiter/Arbeitsagoge prüfen, ob eine Arbeitsintegration für die Klienten möglich wäre, ob der Betroffene überhaupt eine Chance auf eine Festanstellung hat. Wenn dies positiv bewertet wird, wird der Sozialarbeiter/Arbeitsagoge die notwendigen Grundlagen für den ersten Schritt in den Arbeitsmarkt schaffen. Es kann auch sein, dass der Klient dann zur Stiftung Impuls überwiesen wird, sollte ihm in Stein am Rhein nicht die optimalen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Auch einfache Weiterbildungen werden geprüft (zum Beispiel*

*können die Kosten für die Weiterbildung zum Gabelstaplerfahrer übernommen werden). Für eine erfolgreiche Arbeitsintegration muss der Sozialarbeiter einerseits über ein gutes Netzwerk im umliegenden Gewerbe verfügen, andererseits muss auch das Gewerbe offen sein, einem Langzeitarbeitslosen eine Chance zu bieten. In diesem Prozess ist es wichtig, dass der Klient gut begleitet wird, auch nach Arbeitsbeginn an einer neuen Stelle. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagoge/Sozialarbeiter und dem Gewerbe ist die Basis zum Erfolg dieses Projektes.*

*Folgende Vorteile bietet dieses Projekt:*

1) *Der kurze Arbeitsweg, die Nähe zum Wohnort und eine enge Führung der Klienten im Beschäftigungsprogramm sind sehr wichtig und erleichtern den Start für die Klienten enorm.*
2) *Die enge Begleitung der Klienten, auch nach Arbeitsbeginn, steigert die Chancen auf eine erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt.*
3) *Bei einer erfolgreichen Arbeitsintegration können nachhaltig Kosten bei der Sozialhilfe und auch Gesundheitskosten gespart werden. Für viele Klienten ist es sehr peinlich und unangenehm, Geld als Sozialhilfe ohne Gegenleistung annehmen zu müssen. Das Beschäftigungsprogramm nimmt ihnen diese negativen Gefühle. Die Mehrheit der Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger möchten unbedingt wieder arbeiten und brauchen eine Beschäftigung und eine Tagesstruktur.*
4) *Die Arbeitsleistung des Beschäftigungsprogramms bleibt in Stein am Rhein.*
5) *Das Programm ist nach unseren Berechnungen günstiger als das der Stiftung Impuls und bringt in den meisten Fällen mehr Vorteile für den Klienten aber auch für die Stadt Stein am Rhein.*

*Bei diesem Projekt handelt es sich also um eine klassische Win-Win-Situation. Sogenannte «Sozialschmarotzer» ziehen damit eher weg oder nehmen nicht Wohnsitz in Stein am Rhein.*

*Wie bereits in der Vorlage erwähnt, hängt der Erfolg des Programmes stark vom Sozialarbeiter/Arbeitsagogen ab. Wir suchen eine berufs- und lebenserfahrene Persönlichkeit mit entsprechender Ausbildung, weshalb auch das Jahresgehalt eher höher angesetzt wird. Wir sind überzeugt, dass der Aufbau einer solchen Stelle eine spannende Herausforderung ist und wir eine fähige Persönlichkeit finden werden. Aus diesem Grunde haben wir auch noch kein pfannenfertiges Konzept erarbeitet, dies möchten wir mit dem neuen Sozialarbeiter/Arbeitsagoge gemeinsam tun. Eine Einschränkung in der Gestaltungsmöglichkeit des Projektes erachten wir als negativ, da in der Sozialarbeit mit Fantasie, Einfallsreichtum und notwendiger Flexibilität mehr erreicht werden kann.*

*Aus diesem Grunde möchte ich Sie, verehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte bitten, dem Projekt in der vorliegenden Form ihre Zustimmung zu geben. Vielen Dank.»*

<u>Stellungnahme Kommission</u>
**Cornelia Dean, SP,** verliest die Stellungnahme der Kommission Soziales/Betreuung/Bildung/Kultur/Wirtschaft (SBBKW):
*«Die Stadträtin Corinne Ullmann hat in enger Zusammenarbeit mit der SBBKW die Vorlage «Einführung Arbeitsintegration auf den 01. Mai 2018» erarbeitet.*
*Wir haben uns sehr rege und intensiv mit der Vorlage befasst. Verschiedene Meinungen und Ansichten wurden in konstruktiver Auseinandersetzung beleuchtet. Es*

*gibt noch einzelne Punkte, die nach wie vor verunsichern oder die einzelne Mitglieder noch ändern würden. Dazu werden sich die entsprechenden Mitglieder der Kommission in der Diskussion selbst noch zu Wort melden.*
*Im Allgemeinen ist beizufügen, dass wir uns bewusst sein sollten, dass der Erfolg für dieses Projekt hauptsächlich von der neu angestellten Fachperson abhängig sein wird. Je besser er oder sie sich mit dem Gewerbe in der Umgebung vernetzen kann, desto konstruktiver können passende Massnahmen greifen. Das beste Konzept nützt nichts, wenn es an mangelnder Professionalität scheitert.*
*Der Abschnitt über die Zuweisung (Seite 3, 1. und 2. Abschnitt), wirft noch Fragen auf. Zweifel bestehen auch mit dem Umgang von Berufsgruppen, die durch das Angebot der Stadt nicht mit deren beruflichen Fähigkeiten integriert werden können.*
*Ansonsten sind wir in Grundzügen offen für dieses Experiment, auch wenn noch Fragen im Raum stehen. Wir sind gespannt auf die Informationen aus Steckborn und hoffen, dass diese zu unserer Zufriedenheit beantwortet werden. Zum Zeitpunkt der Textverfassung haben wir mit der Anwesenheit der verantwortlichen Person aus Steckborn an der Sitzung gerechnet.*
*Gerne möchten wir uns bei Stadträtin Corinne Ullmann sowie bei Andrea Metzger für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.*
*Die Vorlage «Einführung Arbeitsintegration auf den 01. Mai 2018» wird von der SBBKW einstimmig befürwortet. Daher beantragt die SBBKW dem Einwohnerrat, die Vorlage anzunehmen.»*

Eintreten

**Nadja Spalinger, parteilos,** verliest das Eintreten der Dritten Fraktion:
*«Die Dritte Fraktion findet es sehr wichtig, dass Personen, welche aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, geholfen wird, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Es hilft diesen Personen, ein selbständiges, würdevolles Leben zu führen. Die Gemeinde wiederum erfährt finanzielle Entlastung. Die Dritte Fraktion hat den Antrag des Stadtrates zur Schaffung einer befristeten 60%-Stelle Arbeitsagogin/Arbeitsagoge eingehend studiert und ist zum Schluss gekommen, dass diesem Antrag zugestimmt werden könnte. Da es aber noch einige offene Fragen und Forderungen von unserer Seite gibt, behält es sich die Dritte Fraktion vor, evtl. am Schluss der Detaildiskussion einen Rückweisungsantrag zu stellen. Die Dritte Fraktion ist für Eintreten.»*

**Ruth Metzger, SVP,** verliest das Eintreten der bürgerlichen Fraktion:
*«Die Arbeitsintegration ist ein Beschäftigungsprogramm und dient der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Integrationsarbeit wird massgeblich vom Stelleninhaber/in geprägt. Kann er/sie sich in Stein am Rhein gut vernetzen, so führt auch die Arbeit mit den Sozialhilfebezügern eher zum Erfolg.*
*Dazu muss ein Konzept geschaffen werden von Massnahmen, Arbeitsfeldern und Kostenregelung, das als Richtlinie dient. Ziele dürfen und müssen sogar laufend angepasst werden.*
*Es entstehen Kosten, die aber langfristig bei den Sozialabgaben wieder eingespart werden, denn die Programmteilnehmer haben ja zum Ziel, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen.*
*Es ist ein Projekt, das zum Erfolg führen sollte, aber es kann auch scheitern. Darum ist eine regelmässige, zeitnahe Beurteilung unerlässlich. Die Bürgerliche Fraktion ist für Eintreten.»*

**Cornelia Dean, SP,** verliest das Eintreten der Linken Fraktion:
*«Wie bereits von unserer Sozialreferentin ausführlich über die Vorlage „Einführung Arbeitsintegration auf den 1. Mai 2018“ informiert, hat dieses Projekt viele Vorteile auf verschiedensten Ebenen. Vor allem für die betroffenen Menschen, aber auch für unsere Stadt.*
*Ich kann mich den Worten von Corinne Ullmann anschliessen und möchte nur noch einmal betonen, dass ein solch niederschwelliges Angebot für die Klienten in ihrer z.T. strukturlosen Lebenssituationen eine grosse Unterstützung sein kann, ihr Leben wieder selber in den Griff zu kriegen. Durch die enge Vernetzung zwischen den einzelnen Parteien KlientIn - Sozialarbeit – Sozialamt können schnell, unbürokratisch und situationsangepasst Interventionen installiert und kontrolliert werden. Das Projekt steckt in den Kinderschuhen und braucht eine Anlaufzeit, darum wird es auf 3 Jahre befristet angesetzt. Nach dieser Projektphase wird eine Evaluation zeigen, ob die gewünschte Wirkung erzielt wurde. Wir von der SP-Fraktion unterstützen die Vorlage und sind für Eintreten.»*

Detailberatung

Seite 1
**Nadja Spalinger** teilt mit, dass die Dritte Fraktion bezüglich des Datums im Titel bedenken hat, ob sich überhaupt eine geeignete Person bis dann finden lässt. Wie bereits mehrfach erwähnt, steht oder fällt dieses Projekt mit der Professionalität dieser Person. Sie möchten deshalb den Antrag stellen, dass das Datum auf «ab 01. Mai 2018» geändert wird.
Für **Corinne Ullmann** kann der Titel problemlos so abgeändert werden.

**Marcel Waldvogel** nimmt Bezug auf Sachverhalt F), dass es jeweils Tage dauert, bis von Impuls die Informationen bezüglich Verweigerung oder Fernbleiben vom Arbeitsplatz in Stein am Rhein eingehen und es dann wieder mehrere Tage oder Wochen dauert, bis Sanktionen verfügt werden können. Wieso lässt sich dies mit der Stiftung Impuls nicht lösen und wieso soll dies nun mit dem Projekt besser werden? Gibt es diesbezüglich keine schriftlichen Vereinbarungen mit der Stiftung Impuls? Das wäre doch die einfachste Lösung. Bei einem Outsourcing macht es Sinn, die Bedingungen beidseitig zu regeln.

**Markus Vetterli** bittet Corinne Ullmann, bei der Stiftung diesbezüglich zu intervenieren. Die Stadt ist Kunde, bezahlt sehr viel Geld für einen solchen Platz und eine zeitnahe Meldung darf deshalb auch erwartet werden. Es kann durchaus auch eine Sanktion vereinbart werden, dass bei zu später Meldung weniger für den Platz bezahlt wird. Das ist letztlich Verhandlungssache.

**Ruedi Vetterli** kennt die Stiftung Impuls ziemlich gut und er sieht überhaupt keinen Grund, wieso diese nicht zeitnah anrufen kann. Die Stiftung sollte diesbezüglich sensibilisiert werden.

**Corinne Ullmann** teilt mit, dass die Stiftung mit den Klienten durchaus schneller Kontakt aufnimmt, aber es oft länger dauert, bis die Stadt informiert ist. Die Bezugsperson ist Andrea Metzger und es hat einfach eine andere Wirkung, wenn Andrea Metzger den direkten Kontakt aufnimmt und nachfragt. Sie hat einen einfacheren Zugang zu den Klienten als die Stiftung. Sie betreut die Personen schon länger, sie ist bekannt und hat ein Vertrauensverhältnis aufgebaut. Die gleichen

Probleme mit Impuls kennen auch die Gemeinderätinnen von Eschenz und Wagenhausen, es vergeht viel zu viel Zeit, bis die Gemeinden die Informationen erhalten.

**Karin Sigrist, Finanzreferentin,** ergänzt, dass noch im alten Stadtrat das Projekt von Steckborn vorgestellt wurde und dabei betont wurde, dass diese Personen einen engen Rahmen brauchen, damit sie wieder auf die Schiene kommen. Sobald sie einen Weg haben, zu «schlüpfen», nutzen sie diesen und finden nicht mehr zurück auf ihre Bahn. Steckborn hat bereits die Erfahrung gemacht, dass diese enge Begleitung vermehrt zu einem Erfolg führt.

**Cornelia Dean** kann die vorgängigen Aussagen bezüglich enger Begleitung nur unterstützen und sie ist auch der Meinung, dass die Stiftung Impuls schneller reagieren muss.

Seite 2
**Markus Vetterli** konnte nach der Kommissionsarbeit noch mit einer Person sprechen, die diesbezüglich Erfahrung hat. Diese hat darauf hingewiesen, dass viele dieser Betroffenen psychologische Probleme haben und die Zusammenarbeit mit einem Psychiater wichtig ist. Diesen Aspekt kann er im Konzept nicht finden, das Gleiche gilt für die Suchtproblematik und die Zusammenarbeit mit einer Suchtberatung. Den experimentalen Charakter findet er gut, das Konzept ist allerdings schon noch sehr offen und solche Aspekte müssten noch thematisiert werden.

**Corinne Ullmann** informiert, dass die Suchtproblematik angeschaut wurde und zurzeit kein einziger Betroffener ein Suchtproblem hat. Den Psychiater gleich einzuschliessen findet sie sehr heikel, erstens muss dafür die entsprechende Diagnose gestellt werden und zweitens ist es auch sehr schwierig, jemanden nach dieser Diagnose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Nicht jeder Langzeitarbeitslose ist automatisch geschädigt, wichtiger ist, dass man diese Leute begleitet und nicht mit einer solchen Diagnose stigmatisiert. Vieles löst sich schon alleine damit, dass diese Personen wieder eine Struktur erhalten.

**Cornelia Dean** stellt den Antrag, dass aus der Vorlage das Konzept (Punkt c und d) herausgelöst wird, damit dieses andauernd weiterentwickelt und angepasst werden kann. Die neue Fachstelle soll nicht mit dieser Vorlage, die ja nur ein Grundkonzept beinhaltet, arbeiten müssen.
Nachdem **René Schäffeler** mitteilt, dass eine solche Änderung einen Rückweisungsantrag zur Folge hätte, verzichtet Cornelia Dean auf den Antrag und möchte dies als Hinweis für den Stadtrat behandelt wissen.

**Nadja Spalinger** möchte die Worte von Cornelia Dean unterstützen und ergänzt, dass es sicher von Vorteil wäre, wenn man nach 1 ½ Jahren aufgrund des Konzeptes eine erste Zwischenbilanz ziehen würde und nicht erst am Ende der 3 Jahre.

Für **Werner Käser** ist es wichtig, dass das Konzept im Antrag enthalten ist, denn der Einwohnerrat muss wissen, über was er abstimmt. Dass sich das Konzept weiterentwickeln muss, ist ja klar. Im Konzept heisst es unter anderem, dass die Arbeitsvermittlung eng mit dem Gewerbe stattfinden wird. Auch wird erwähnt, dass für die städtischen Betriebe lediglich Arbeiten ausgeführt werden, welche nicht bereits von Dritten erledigt werden und somit eine Leistung erbracht wird, die vor der Schaffung der

Arbeitsintegration nicht oder nur begrenzt geleistet werden konnte. Wie lautet nochmals die genaue Idee davon?

**Corinne Ullmann** erklärt, dass zuerst ein internes Beschäftigungsprogramm stattfindet, das keinesfalls das Gewerbe konkurrenzieren soll. In einem zweiten Schritt geht man auf die Gewerbebetriebe zu und klärt ab, wo Personen in deren Betrieben integriert werden können. Dafür muss das Gewerbe aber auch offen sein, diesen Betroffenen eine Chance zu geben.

**Werner Käser** findet es gut, dass man diesen Personen eine Struktur gibt. Was er nicht gut finden würde, wenn dies die Gewerbebetriebe konkurrenzieren würde.

**Corinne Ullmann** versichert, dass dies keinesfalls geschehen wird.

**Marcel Waldvogel** möchte wissen, ob das Arbeitspensum von 60% realistisch ist. Es sollen an 4 Tagen pro Woche bis zu 3 Gruppen betreut werden. Dazu kommen sicher noch Vorgespräche und Einzelcoaching und administrative Arbeiten.

**Corinne Ullmann** antwortet, dass momentan 20 Personen für das Projekt in Frage kommen. Gestartet wird mit einer kleinen Gruppe von 10 Betroffenen. Diese werden nicht ständig begleitet, sondern müssen auch wieder lernen, selbständig zu arbeiten. Die notwendige Kontrolle sollte mit diesem Pensum möglich sein.

**Markus Vetterli** fragt, ob diese Personen ausschliesslich separat arbeiten oder ob z.B. diese auch in einer Gruppe des Bauamtes dabei sind.

**Corinne Ullmann** kann sich dazu noch nicht äussern, weil genau solche Sachen dann zusammen mit dem Arbeitsagogen erarbeitet werden müssen. Je nach Vorbildung kann es durchaus sein, dass eine solche Person einmal in einer Gruppe des Bauamtes mitarbeitet. Primär sind die Betroffenen aber eine eigene Gruppe und ein Team.

<u>Seite 4</u>
Keine Meldungen.

<u>Seite 5</u>
**Nadja Spalinger** hat eine Frage zur Zusammenarbeit mit den Gemeinden des oberen Kantonsteils. Wieso steht dort, dass sich die Gemeinde Ramsen an den Kosten ihrer Teilnehmer beteiligt und nicht, dass die Gemeinde die Kosten übernimmt? Dies kann auch so ausgelegt werden, dass die Gemeinde Ramsen nicht die vollen Kosten übernimmt, sondern nur eine Beteiligung daran.

**Corinne Ullmann** erklärt, dass es Fallpauschalen gibt, die weiterverrechnet werden, dies sind die berechneten Fr. 700.-. Es ist das gleiche Vorgehen, das bereits angewandt wird, da Stein am Rhein ja schon jetzt Sozialarbeit für Ramsen ausführt.

**Beat Leu** regt an, das Wort «beteiligt sich» durch «übernimmt» zu ersetzen, dann ist es klar ausgedrückt. Jetzt kann durchaus der Eindruck entstehen, dass z.B. nur 80% der Kosten durch Ramsen übernommen werden.

**René Schäffeler** weist darauf hin, dass solche Aussagen deshalb protokollarisch festgehalten werden. Es ist nicht Sinn der Sitzungen, die Vorlagen des Stadtrates wortwörtlich auseinander zu nehmen. Ansonsten muss ein Antrag auf Rückstellung erfolgen.

**Markus Vetterli** verweist auf Abschnitt h) wo glasklar festgehalten ist, wie die Kosten weiterverrechnet werden.

**Gian Luca Marchetto** kann sich den vorherigen Aussagen durchaus anschliessen. Er hat folgende Fragen:
- Die neu angestellte Person muss sich dieses gewünschte Netzwerk zuerst aufbauen und 3 Jahre sind schnell vorüber. Hat man sich diesbezüglich ebenfalls Gedanken gemacht?
- Hat sich der Stadtrat überlegt, ob diese Person aus einem gewissen Rayon kommen muss oder auch aus Zürich sein kann?
- Das Projekt muss auch nach aussen getragen werden, hat sich der Stadtrat diesbezüglich schon Gedanken gemacht?

**Corinne Ullmann** erklärt, dass es zu den Aufgaben dieser neuen Person gehören wird, gleichzeitig mit der Tätigkeit in der Betreuung das notwendige Netzwerk aufzubauen und bei den Betrieben vorstellig zu werden. Dies gehört zum Anforderungsprofil. Es kann aber durchaus auch eine Person die nicht aus der Gegend kommt, Kontakte mit dem Gewerbe knüpfen. Dies alles geht schon sehr ins Konzeptionelle. Aber es ist ganz klar, dass die gesuchte Person die Idee und auch die Klienten aktiv verkaufen muss.

**Beat Leu** möchte wissen, nach welchen Kriterien man dann beurteilen will, dass dieses Projekt erfolgreich ist. Wenn von den 10 Personen 5 integriert werden können oder wie stellt man sich dies vor.

**Corinne Ullman** hat sich diesbezüglich auch schon Gedanken gemacht. Wenn 2 - 3 Personen pro Jahr wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können, ist dies ein Erfolg. Dann ist die Stelle des Arbeitsagogen mehr als bezahlt, da keine Sozialhilfe mehr bezahlt werden muss. Diese beläuft sich schnell auf Fr. 35'000 pro Person. Bei 2 Personen ist es ein Nullsummen-Spiel und die Arbeit, die dabei für Stein am Rhein geleistet wird, ist noch nicht einmal eingerechnet. Man kann dabei eigentlich fast nicht verlieren.

**Marcel Waldvogel** möchte wissen, ob die Zusammenarbeit auf den oberen Kantonsteil begrenzt ist oder man sich auch die Zusammenarbeit mit z.B. Eschenz und Kaltenbach vorstellen könnte. Und wie fest die Zusammenarbeit mit Ramsen bereits festgelegt ist, könnte es sein, dass wenn Ramsen abspringt, die angestellte Person ein zu grosses Pensum hat.

**Corinne Ullmann** teilt mit, dass man Diessenhofen angefragt hat und diese sehr interessiert waren. Leider stand dort zu diesem Zeitpunkt ein Regierungswechsel an und man wollte sich noch nicht festlegen. Ein kantonsübergreifendes Projekt hätte deshalb den Start weiter nach hinten verzögert und Stein am Rhein wollte vorwärtsmachen. Sie sind aber für eine Erweiterung offen und man wird sicher weiterhin den Kontakt mit Diessenhofen halten. Die Gemeinden Eschenz, Kaltenbach und Rheinklingen sind bereits in Steckborn angehängt und kommen nicht mehr in Frage.

Die Gemeinde Ramsen hat das Projekt im Gemeinderat beraten und die Teilnahme am Projekt zugesagt. Die betroffenen Personen werden ja jetzt bereits durch Stein am Rhein betreut. Zudem wird die Arbeitsleistung der Ramsener ja auch in Ramsen geleistet und Ramsen ist ebenfalls sehr daran interessiert, diese Personen wieder zu integrieren und keine Sozialleistungen mehr auszurichten.

**Markus Vetterli** möchte beliebt machen, dass man den Erfolg des Projekts nicht nur vom finanziellen Aspekt abhängig macht. Es gibt durchaus noch andere Kriterien, die dabei sehr sinnvoll sind.

Seite 6
Keine Anmerkungen.

**Antrag Stadtrat:**

1. Die Einführung der Arbeitsintegration **ab dem** 1. Mai 2018 wird für eine Projektphase von drei Jahren bewillig.
2. Für die Arbeitsintegration wird eine neue Stelle mit einem Pensum von 60% bewilligt, die in der Lohnklasse 14/15 eingereicht ist.
3. Die jährlichen Folgekosten von Fr. 77'200.00, die einmalig anfallenden Kosten von Fr. 18'000.00 sowie die effektiv anfallenden individuellen Kosten pro Teilnehmer werden genehmigt.
4. Der Stadtrat wird zudem ermächtigt, mit der Gemeinde Ramsen den entsprechenden Zusammenarbeitsvertrag abzuschliessen.

**Beschluss:**
Der Einwohnerrat stimmt den obigen vier Anträgen einstimmig zu.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Bildungsreferat
- Bereichsleitung Soziales
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

**PERSONAL, Allgemeines, Kanzlei allgemein** **06.00.005**

**42. Strategischer Stellenplan 2018**

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** verweist auf das vorliegende Papier. Der Einwohnerrat hat mit dem vorgehenden Entscheid einer Stellenerhöhung um 60% zugestimmt. Wie die vorliegende Zusammenfassung aufzeigt, erfahren die Stellenpläne der Stadtverwaltung und der städtischen Betriebe im Gesamttotal ansonsten keine

Veränderung. Er bittet, dem strategischen Gesamtstellenplan 2018 mit neu 7'797 Stellenprozenten zuzustimmen.

**Georg Berner, GPK,** möchte zum vorliegenden Schreiben der GPK nur noch auf Punkt 3) übriges Personal eingehen, der wie folgt lautet:
*«Es herrscht allerdings noch Unklarheit, da das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 09.12.2016 sowohl die Zahlen 7'735% als auch 7'815% als Summe inkl. 50% des Stadtpräsidiums nennt. Wir sind dabei, diese Diskrepanz zu klären*.»
Heute hat die GPK eine Mail erhalten und möchte Ernst Bühler bitten, kurz zu erklären, woher diese Diskrepanz von 80 Stellenprozenten kommt.

**Ernst Bühler, Stadtschreiber,** erklärt, dass im Antrag an den Einwohnerrat vom Dezember 2016 7'735 Stellenprozente beantragt wurden. Dieser Antrag war soweit stimmig. Im Laufe der Diskussion ist dann eine Erhöhung bei der Spitex um 80% bewilligt worden. Dies hat nun die Summe von 7'815% ergeben. Im aktuellen Antrag von 7'797% ist das Stadtpräsidium nicht enthalten, dies ergibt die Differenz von 50%. Hier muss noch nachgetragen werden, dass auch diese 50% durch den Einwohnerrat bewilligt werden müssen, da dies im Besoldungsreglement so festgelegt ist. Der Antrag des Stadtrates muss noch um die 50% für das Stadtpräsidium ergänzt werden.

**Georg Berner** hält fest, dass dies somit zum Total von 7'815 Stellenprozenten führt.

**Georg Berner** verliest einen weiteren Punkt aus dem GPK-Schreiben:
*«Zur Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes und der langfristigen Nachvollziehbarkeit empfiehlt die GPK auf Nennung von Namen und Einzelpersonen zu verzichten und stattdessen Funktionsbeschreibungen oder vergleichbare Identifikationsmerkmale zu verwenden.»*
Es wäre der GPK wichtig, dass dies künftig so berücksichtig wird.

<u>Eintreten</u>

**Marcel Waldvogel, parteilos,** bedankt sich für die vorgängigen Ausführungen. Er wird in der Beratung noch auf einige Punkte zurückkommen. Die Dritte Fraktion ist für Eintreten.

**Werner Käser, FDP,** verliest das Eintretensvotum der bürgerlichen Fraktion:
*«Die bürgerliche Fraktion hat vom strategischen Stellenplan der Stadt Stein am Rhein Kenntnis genommen, ebenso von der Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission. Wir haben festgestellt, dass die Kaderstellen gleichbleiben, die Zahl der Stellen in Verwaltung und Betrieben aber tendenziell zunimmt – wir haben heute hier im Rat selber dafür gesorgt. Wir wünschen uns eine schlanke Verwaltung und fordern deshalb generelle Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Stellen.*
*Wir nehmen davon Kenntnis, dass das Stadtpräsidium nicht mehr im Stellenplan aufgeführt wird. Die Begründung dafür können wir nachvollziehen. Das Pensum von 50% gemäss Beschluss vom April 2012 bleibt unverändert.*
*Dem vorliegenden strategischen Stellenplan können wir unter diesen Annahmen zustimmen. Wir sind für Eintreten.»*

**Markus Vetterli, SP,** teilt mit, dass nur der strategische Stellenplan beurteilt werden muss und er findet es erfreulich, dass die Stadtverwaltung bei wachsender

Bevölkerungszahlen und Steuersubstrat mit den gleichen Stellenprozenten auskommt. Die einzige Ausnahme sollte kostenneutral werden. Positiv möchte er vermerken, dass die neue letztjährig bewilligte Stelle in der Immobilienverwaltung aktiv tätig ist. Die SP-Fraktion möchte der GPK für den sorgfältigen Bericht danken und die formalen Vorschläge überzeugen. Sie sind für Eintreten.

Detailberatung

Seite 1
Keine Anmerkungen

Seite 2
**Marcel Waldvogel** versteht den beschlossenen Antrag vom 09.12.2016 so, dass die Bereichsleiter und einzelne Mitarbeiter ab Lohnklasse 18 und höher einzeln bestimmt werden sollen und nicht als Summe. Für die übrigen Stellen folgen nur noch die totalen Stellenprozente. Wäre es möglich, dass der Einwohnerrat künftig von den Kaderpersonen die einzelnen Aufgabengebiete mitgeteilt erhält?

**Ernst Bühler** erklärt, dass die 6 Bereichsleiter ersichtlich sind und es dann noch 2 zusätzliche Personen in dieser Lohnklasse und höher hat. Wenn man diese benennt, können diese dann auch zugeordnet werden. Es muss dem Stadtrat überlassen werden, ob er diese Transparenz schaffen will. Die GPK verfügt darüber.

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** möchte keine Informationen herausgegeben, die auf Namen und Lohnzahlen schliessen lassen. Die GPK hat die vollständige Transparenz vorliegend und dies kann mit der GPK intern abgesprochen werden. Aber sicher nicht hier öffentlich diskutiert und als Protokoll verteilt.

**Werner Käser** weist darauf hin, dass man, als dieses Vorgehen beschlossen wurde, explizit festgehalten hat, dass Stellen ab Lohnklasse 18 einzeln bewilligt werden müssen und diejenigen unterhalb, im Sinne einer grösseren Flexibilität der Stadt, in Globo. Im strategischen Stellenplan findet er es richtig, wenn nur einfach nur eine Summe dasteht, aber im Prinzip sei schon beschlossen worden, dass die höheren Stellen einzeln bewilligt würden. Diese müssten nicht namentlich ersichtlich sein, aber mit Funktion.

**René Schäffeler** möchte bezüglich Abstimmung über die Vorlage noch darauf hinweisen, dass man anlässlich der Beschlussfassung im letzten Jahr die Stellenprozente einzeln für Stadtpräsidium, Angestellte ab Lohnklasse 18 und übrige Angestellte aufgeführt hat. Er möchte beliebt machen, dass man bei der Verabschiedung des Antrages diese Unterteilung beibehält. Dazumal war es ja wichtig, dass man diese Kaderposition qualifiziert und als Summe ausweist. Es spricht nichts dagegen, dies in der Beschlussfassung wiederum so zu benennen.

Da sich niemand dagegen ausspricht, bittet **René Schäffeler** die Verwaltung, die Beschlussfassung jedes Jahr analog dem Beschluss 2016 auszuführen.

Anhang

**Marcel Waldvogel** verweist auf die Erklärung unten «Das Stadtpräsidium ist im Stellenplan nicht mehr enthalten. Es gehört zur Exekutive.» Ist es richtig, dass aufgrund

der Äusserung von Ernst Bühler dies nun doch zum operativen Stellplan gehört, dass man am Pensum Stadtpräsidium aber nichts ändern kann, da dieses über das Besoldungsreglement festgelegt wird und nicht im Rahmen des Budgetprozesses. Man könnte es aber dennoch diskutieren.

**Ernst Bühler** bestätigt, dass es diese drei Zahlen sind, die zu bewilligen sind: Stadtpräsidium, Lohnklasse 18 und höher und übriges Personal. Es ist richtig, dass das Pensum Stadtpräsident im Besoldungsreglement festgelegt ist und dieses wurde seinerzeit von 90% auf 50% geändert.

**Werner Käser** ist mit der Anmerkung «Die Lernenden werden im Stellenplan nicht berücksichtig» einverstanden. Das Lehrstellenangebot gehört jedoch zur Aufgabe der Stadt und er würde gerne anregen, dass doch irgendwo festgehalten wird, wie viele Lehrlinge die Stadt ausbildet. Es ist wichtig und richtig, dass die Stadt Lehrlinge ausbildet, dies muss nicht bewilligt werden, darf aber auch erwähnt werden. Dies hat auch etwas mit dem Marketing der Stadt zu tun.

**Sönke Bandixen** teilt mit, dass aktuell 20 Lehrlinge bei der Stadt ausgebildet werden. Dies ist eine grosse Zahl und darauf sind sie stolz.

**René Schäffeler** ergänzt den vorliegenden Antrag aufgrund der vorangegangenen Diskussion und bringt diesen wie folgt zur Abstimmung:

**Angepasster Antrag Stadtrat**

Der strategische Gesamtstellenplan 2018 mit einem Total von **7'847** Stellenprozenten,
**die sich wie folgt zusammensetzen:**

| | |
|---|---|
| **Stadtpräsidium** | **50%** |
| **Angestellte ab Lohnklasse 18** | **780%** |
| **Verwaltungs- und Betriebspersonal** | **7’017%** |

wird als Bestandteil des Voranschlages genehmigt.

**Beschluss:** Der Antrag des Stadtrats wird mit den obigen Formulierungsänderungen einstimmig genehmigt.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:

- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Finanzreferat
- Bereichsleitung Finanzen
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000**

**FINANZEN, Stadtkasse, Voranschlag 02.25.005**

## 43. Voranschlag 2018 der Einwohnergemeinde Stein am Rhein

**Karin Sigrist, Finanzreferentin,** eröffnet das Traktandum mit folgenden Worten:

*«Geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, geschätzter GPK-Präsident, liebe Stadtratsmitglieder und geschätzte Anwesende*

*Es wurde in der Öffentlichkeit diskutiert, dass unsere Fremdverschuldung zu hoch sei und das ist auch so. Es ist auch gut, wenn man darüber spricht und ich habe es auch jedes Mal zum Thema gemacht. Zuerst werde ich etwas zur Fremdverschuldung sagen, dann etwas zu den ergriffenen Sanierungsmassnahmen und zum erarbeiteten Finanzplan vom letzten Jahr und dann noch auf das Budget kommen.*

*Als ich das Amt übernahm, stand noch im Finanzplan, dass 2016 die Fremdverschuldung auf 30 Mio. steigt und für 2018 gar auf 35 Mio. Ich habe den Kopf geschüttelt und habe zusammen mit Ueli Böhni und Martin Furger eine Arbeitsgruppe gebildet und die Sache genauer angeschaut. Die Zunahme der Fremdverschuldung ist nicht einfach so passiert, sondern ist die Folge der bereits bewilligten und realisierten Bauvorhaben, von wichtigen Projekten in unserer Gemeinde. Von Projekten, die vom Einwohnerrat und den Stimmberechtigten an der Urne beschlossenen wurden (Hogahalle, Bahnhof, Kindergarten, Projekte Wasserversorgung, Alterszentrum usw.). Nun laufen diese Projekte, die Rechnungen dafür kommen und die Verschuldung steigt. Wir haben aber sofort Massnahmen ergriffen, dass die Verschuldung nicht über 30 Mio geht und bis jetzt haben wir dies auch erreicht. Wichtig ist dabei, dass die Ursache der Fremdverschuldung nicht aus der laufenden Rechnung stammt, wir haben das Budget im Griff, unsere Verwaltung arbeitet gut. Wir haben alle Positionen detailliert geprüft, was ist wo und wie gelöst, welche Leistungen werden wo zu welchem Geld erbracht. Natürlich gibt es einen Handlungsbedarf und wir haben verschiedene Massnahmen definiert, aber insgesamt kann man sagen, die Laufende Rechnung funktioniert. Man kann nicht das Budget halbieren und meinen, man könne die Verschuldung so verringern. Unsere Gemeinde muss weiter funktionieren. Wir haben keinen solchen Notfall, dass sich Sanierungsmassnahmen aufdrängen und die Leistungen halbiert werden müssen. Es gibt schon Posten, die auf der Liste sind und bei denen entschieden werden muss, wollen wir dies noch, ist dies Luxus, wird dies benötigt. Das wurde alles analysiert.*
*Bereits der alte Stadtrat hat entschieden, die Investitionen auf 0,5 Mio. Fr. pro Jahr zu begrenzen und auch wir wollen aus der laufenden Rechnung 0,5 Mio. Fr. pro Jahr einsparen, mehr ist nicht nötig. Die Verschuldung kann so reduziert werden. Es ist nicht notwendig, dass z.B. die Märlistadt gestrichen wird. Dies ist ein getroffener Entscheid und im letztjährigen Finanzplan enthalten.*

*Der vorliegende Finanzplan ist jetzt gerade ein Jahr alt. Auf Seite 2 hat es Vorgaben für die Finanzplanung. Ein budgetwirksames Sparprogramm bedeutet, dass auch die Kosten überprüft und Gebühren angepasst werden.*

- *Anpassung Baubewilligungsgebühren*
- *Anpassung Bootsplatzgebühren (die Bootsplätze sind nun gebührenfinanziert und der Steuerzahler muss nichts mehr an die Bootsplätze zahlen)*
- *Tarifanpassungen Kita und Spitex an die Kostenentwicklung*
- *Revision des Gebührenreglements (Marktgebühren und die Benutzung von öffentlichem Grund)*
- *Kostenreduktionen Verbandsfeuerwehr (teilweise bereits umgesetzt, weitere Einsparungen infolge Reduktion Mannschaftsbestand).*
- *Revision Anstellungs- und Besoldungsreglement und in diesem Zusammenhang Beurteilung des Stellenplans und der Stellenprofile*
- *Optimierung der Bewirtschaftung der Grünanlagen*
- *Reduktion des Fremdaufwandes für Planungen und Bearbeitung von Baugesuchen*
- *Neuorganisation Grüngutentsorgung*
- *Bewirtschaftung der Liegenschaften des Finanzvermögens*
- *Umsetzung weiterer, wichtiger Legislaturziele 2017-2020*
- *und neu, die Einführung von Perimeterbeiträgen*

*Wir folgen also weiterhin den Vorgaben des Finanzplans und sind keineswegs in einem Blindflug und wissen nicht, wohin es geht. Es ist auch so, dass der Finanzplan ein Arbeitsinstrument ist und die Zahlen fast tagtäglich ändern. Auf Anraten der GPK wurde im Frühling auf eine Aufwertung des Finanzvermögens verzichtet, damit war kein Buchgewinn für die Abschreibungen vorhanden, was eine Abweichung von 0,5 Mio. mit sich brachte, darum stimmen die Zahlen nicht mehr. Der Stadtrat führt intern eine laufende Kontrolle der Kennzahlen und wir sind weiterhin voll auf Kurs, auf Sparkurs, denn die beschlossenen Massnahmen werden so durchgesetzt. Auch der aktuelle Finanzplan führt immer noch in Richtung Entschuldung.*

*Das Einzige, das der Stadtrat nicht im Griff hat, ist der Einwohnerrat und das Volk. Wenn eine neue Initiative kommt z.B. ein neuer Bahnhof, dann ist das Einzige, dass wir sagen können: wenn ihr das wollt, dann machen wir eine Objektsteuer. Aber von Seiten Stadtrat wird ein solcher Vorschlag nicht mehr kommen, ausser die Finanzierung ist gesichert.*

*Das nächste Jahr wird ein schwieriges Jahr, weil 2018 die Einführung von HRM2 erfolgt. Dies bedeutet, es gibt Weiterbildungen für die GPK und für die Stadt, es bedeutet die Einführung von neuen Kontensystemen. Es wird damit eine Transparenz und die Vergleichbarkeit von allen Gemeinden erreicht. Dies führt auch dazu, dass neue Instrumente eingeführt werden müssen oder neue Gefässe. Ausserordentliche Abschreibungen können nicht mehr gleich vorgenommen werden, d.h. wir müssen anfangen, Reserven zu planen. Die neuen Reservegefässe müssen noch beschlossen*

*werden, aber es wird eine finanzpolitische Reserve geben und ein Stadtentwicklungsfonds ist ebenfalls angedacht als Instrumente, in welche Überschüsse aus der laufenden Rechnung eingebucht werden können. Die Fondsverordnung wird dem Einwohnerrat demnächst eingereicht.*

*Die Prognose für die Jahresrechnung 2017 lässt darauf schliessen, dass diese im Vergleich zum Budget aus heutiger Sicht rund Fr. 1.0 Mio. besser abschliesst. Die zusätzlichen Mittel werden für den Schuldenabbau im Jahr 2017 eingesetzt. Dadurch nimmt die Fremdverschuldung weniger stark zu.*

*Das vorliegende Budget 2018 entspricht nach den vorgenommenen Korrekturen unseren Vorgaben und der Finanzplanung. Wir stellen deshalb den Antrag, dass das vorliegende Budget so verabschiedet wird. Zu den GPK-Anträgen wird sie gerne nachher noch Stellung nehmen.»*

**Werner Käser** möchte darauf hinweisen, dass die Märlistadt zu 95% durch das Gewerbe und Sponsoren finanziert wird und nicht durch die Stadt. Er möchte nicht, dass im Rat und im Publikum ein falsches Bild entsteht.

**Karin Sigrist** präzisiert, dass sie von Fr. 50'000 für die Beleuchtung spricht.

**René Schäffeler** dankt für die umfangreiche Arbeit der GPK. Er möchte für die Zukunft bitten, dass deren Berichte früher eingereicht werden, damit sich die Räte auch noch entsprechend vorbereiten können. Weiter weist er darauf hin, dass der Bericht als Negativtestat formuliert ist, es aber keine Hinweise darauf gibt, das gesetzliche Vorschriften nicht eingehalten wurden.

**Georg Berner, Präsident GPK,** zitiert aus der Stellungnahme der GPK ab Seite 2 wie folgt:

*«1 Fremdverschuldung und Schuldenentwicklung*
*Die GPK ist – auch selbstkritisch – besorgt über die Schuldenentwicklung der letzten und kommenden Jahre und den damit einhergehenden Aufwendungen für Schuldzinsen der Stadt. Die Fremdverschuldung hat sich innerhalb der letzten 7 Jahre mehr als verdoppelt, Tendenz weiter steigend.*
*Die Auswirkungen des neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 sind heute ebenfalls noch weitgehend unklar, da wenig bis keine Erfahrungswerte oder Referenzangaben verfügbar sind.*
*Aus diesem Grund empfiehlt die GPK eine Aktualisierung der mittelfristigen Finanzplanung als übergeordnetes Führungsinstrument für die kommende und herausfordernde Periode.*
*Der Stadtrat hat vor einigen Tagen angekündigt, ab Januar 2018, unter aktivem Einbezug der städtischen Finanzkommission und der GPK, bis Mitte 2018 mit einem stringenten Zeitplan einen ausführlichen und wiederum qualitativ hochstehenden neuen Finanzplan 2019 – 2023 zu erarbeiten.*
*Basierend auf diesem strategischen Führungs- und Lenkungsinstrument kann für die nächste Periode dargestellt werden, welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen die Ausgaben weiter reduzieren bzw. für höhere Einnahmen sorgen, um*

*das aktuelle und weitere Schuldenwachstum nachhaltig über die kommenden Jahre auf einen angestrebten Betrag von rund 15 Millionen CHF zu reduzieren.*
*Dieser Finanzplan 2019 – 2023 soll danach auch als Grundlage für den Budgetprozess 2019 dienen.*
*Im Einwohnerrat muss vermehrt ein Kompromiss zwischen Ausgabenverzicht und Mehreinnahmen gefunden werden. Dabei ist auch der Stadtrat gefragt, betreffend der Sanierungsstrategie eine aktive Finanzpolitik zu betreiben und somit die Führungsrolle einzunehmen. Dabei gibt die GPK zu bedenken, dass eine nachhaltige Sanierungsstrategie nicht nur auf ausserordentlichen und einmaligen Ereignissen beruhen kann.*

*2 Regionale Synergien*
*Die GPK empfiehlt, mit den teils schwierigen Gesprächen und Arbeiten betreffend regionaler Synergien weiter zu fahren, um beispielsweise die dazumal in Aussicht gestellten Kostensenkungen und –beteiligungen Dritter wie beim Feuerwehrverband nun auch nachhaltig umzusetzen.*

*3 Kostentransparenz und Verursacherprinzip*
*Die GPK empfiehlt die bereits von der Verwaltung eingeleiteten Massnahmen – städtische Dienstleistungen durch entsprechende Kostentransparenz nach dem Verursacherprinzip weiter zu verrechnen – weiterhin konsequent umzusetzen.*

*4 Voranschlag 2018: Laufende Rechnung*
*Die GPK hat sich intensiv mit der laufenden Rechnung und im Speziellen mit den grössten Kostenstellen beschäftigt. Dabei konnten viele Punkte direkt mit den Verantwortlichen offen besprochen und konstruktiv geklärt werden. Dies auch bezogen auf Verbesserungen zukünftiger Budgetprozesse oder wie innerhalb der Verwaltung Budgetvorgaben an die Referate umgesetzt werden.*

*Die GPK beantragt dem Einwohnerrat, dem Antrag des Stadtrates zur laufenden Rechnung des Voranschlages 2018 zuzustimmen.*

*5 Voranschlag 2018: Investitionsrechnung*

*a) Die GPK beantragt dem Einwohnerrat aus der Investitionsrechnung 2018 folgende Projekte – die bereits einen gültigen Kreditbeschluss des Einwohnerrates haben – mittels einer Wiedererwägung zeitlich zurückzustellen, bis ein neuer Finanzplan 2019 – 2023 erarbeitet und verabschiedet ist und allfällige Finanzierungsanteile Dritter rechtlich verbindlich gesichert sind.*
   *I. 620.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Strasse und Beleuchtung*
   *II. 700.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Wasser*
   *III. 710.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Kanalsanierung*
   *IV. 942.503.12 Burg Hohenklingen, Sanierung*

*b) Wir beantragen dem Einwohnerrat aus der Investitionsrechnung 2018 folgende Projekte – die bisher ohne übergeordnete Grundlage/Kreditbeschlüsse sind – zeitlich zurückzustellen, bis ein neuer Finanzplan 2019 – 2023 erarbeitet und verabschiedet ist und allfällige Finanzierungsanteile Dritter rechtlich verbindlich gesichert sind.*

*I. 620.501.04 Neugestaltung Schifflände*
*II. 620.501.66 Parkplatz Degerfeld*
*III. 620.501.60 Parkhaus Undertor*
*IV. 620.501.67 Ersatz Busparkplatz Undertor*
*V. 090.504.00 Rathaussanierung*
*VI. 210.503.00 Fassadensanierung Schulhaus Schanz*
*VII. 620.501.47 Trottoir Sandgrueb (Migros)*

*6 Schluss*
*Die Geschäftsprüfungskommission hält fest, dass aus den uns vorgelegten Daten, Informationen und Angaben sich keinerlei Erkenntnisse ergeben haben, dass der Voranschlag nicht den Vorschriften des Gemeindehaushaltes und Rechnungswesens entsprechen würde.*

*Wir möchten uns an dieser Stelle für die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und dem Stadtrat betreffend dem Voranschlag Budget 2018 bedanken.»*

Eintreten

**Marcel Waldvogel, parteilos,** teilt im Namen der Dritten Fraktion mit:
*«Auch wenn in der laufenden Rechnung noch verschiedene Optimierungen möglich wären, sind wir der Meinung, dass grundsätzlich die laufende Rechnung sehr ausgeglichen ist und es keinen Grund gibt, die laufende Rechnung als solche zurückzuweisen. Dies würde nur viel Arbeitsaufwand bedeuten, da jeder Bleistift als gebundene Ausgabe definiert werden müsste. Dies ist in keiner Relation zur Summe, die kurzfristig gespart werden könnte. Es ist aber auch so, dass der Landverkauf oder Landverkäufe als solches nicht als langfristiges, nachhaltiges Vehikel zur Reduktion der Verschuldung eingesetzt werden können und man dort deshalb sehr vorsichtig handeln sollte und die Landreserven auch nutzen sollte für strategische Vorteile und als Planungsoptionen für die Stadt. Auf der anderen Seite finden wir es sehr positiv, wie vorgängig bei der Arbeitsagogik, dass an vielen Stellen aktiv darauf zugegangen wird, von Anfang an die Zusammenarbeit einzuplanen und wir würden uns freuen, wenn dies noch weiter ausgebaut werden könnte. Im Übrigen ist es nicht das erste Mal, dass ein negatives Statement in der Abnahme enthalten ist, bei der Abnahme der GPK Rechnung 2016 ist auch ein ähnlicher Satz darin gewesen. Die Dritte Fraktion ist für Eintreten.»*

**Gian Luca Marchetto, SVP,** spricht das Eintreten für die Bürgerliche Fraktion:
*«Vor rund 168 Stunden bin ich als Mitglied der GPK fest davon überzeugt gewesen, dass die GPK einen Antrag auf Rückweisung des Budgets bringt. Beim einen oder anderen Gespräch seit Mitte/Ende August bis jetzt, es waren über 20 Sitzungen mit der GPK plus 3 – 4 Telefonkonferenzen, haben mich unter anderem gewisse Aussagen aus dem Stadtrat bewogen, an der Rückweisung des Budgets festzuhalten. Wie gehört, hat die Stadt eine Fremdverschuldung und dann werden unqualifizierte Aussagen gemacht wie: «Ob die Verschuldung 30, 40 oder 45 Mio. beträgt, die Zinsen sind halt einfach tief.». Wenn die Zinsen wieder ansteigen, kostet dies einfach gewaltig Geld. Betreffend der Laufenden Rechnung bin ich teilweise mit dem Vorredner einverstanden. Ich sehe dort auch ein gewisses Streichungs-Potential, aber es ist richtig, was Marcel Waldvogel gesagt hat, das wäre eine gewaltige Arbeit. Was mich vor allem motiviert hat, ist aufgrund des heute vorliegenden Berichtes des GPK, dass der Stadtrat bereit ist, einen ausführlichen, qualitativ hochstehenden Finanzplan 2019 – 2023 zu erarbeiten. Dies hat*

*mich gefreut, obwohl dies erst vor einigen Tagen, wie Georg Berner verlesen hat, kommuniziert worden ist. Ein Stückweit unter Druck und vielleicht wegen dieser Androhung. Der Finanzplan ist ein wichtiges Instrument, diese Arbeit muss fortgeführt und nochmals fundiert betrachtet werden.*
*Ich möchte an dieser Stelle die gute Zusammenarbeit mit der Schule, mit dem Schulpräsidenten erwähnen und bitte Ruedi Rüttimann, dies auch seinem Team weiterzusagen. Vielen Dank für die Transparenz und die Gespräche, die geführt werden durften. Dann auch der Dank an den Zentralverwalter Martin Furger und sein Team und schlussendlich auch an die Stiftung, welche immer und immer wieder unterstützt. Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten, wird aber sicher die formulierten Anträge der GPK unterstützen.*

**Peter Spescha, SP,** übernimmt das Eintreten für die SP-Fraktion:
*«Sachlich und nüchtern betrachtet, ist das Budget 2018 ein unspektakuläres Budget. Es kommt immer darauf an, welche Ziele man hat. Steigende Kosten zeigen sich bei Positionen, welche so zu erwarten waren, wo die Gemeinde nichts dazu beitragen und auch nichts dagegen unternehmen kann wie Krankenkassenverbilligung und Auswirkungen der Schulzusammenarbeit. Das Budget stimmt weitgehend überein mit dem Finanzplan 2018. Die einzige Abweichung betrifft die bereits erwähnte Auflage, dass die Aufwertung im Finanzvermögen nicht vorgenommen wurde. Die Verschuldung in Stein am Rhein hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Seit 2013 haben wir 23 Mio. Fr. für die Erneuerung der Gemeindestruktur ausgegeben und investiert. Dies ist ein grosses Volumen für unsere Gemeinde. Diese Investitionen wurden klar mit der Zunahme unserer Schulden erkauft. Gleichzeitig haben wir auch einen Gegenwert erhalten und dies ist etwas Positives, dies muss man auch einmal erwähnen. Wir haben eine attraktive Dreifachhalle, eine behindertengerechte Bahnhofsunterführung und eine sanierte Wasserversorgung. Da kann man auch stolz darauf sein und dies positiv anschauen. 2018 ist das letzte Jahr mit den hohen Investitionen. Die Investitionsrechnung weist eine Höhe der Nettoinvestitionen von 2,3 Mio. aus. Mit diesem Betrag werden weitgehend frühere Beschlüsse vom Einwohnerrat und den Stimmberechtigten umgesetzt, welche zum Teil längst überfällig sind, Stichwort Sanierung des Alterszentrums. Nach 2018 sind die grossen Bauvorhaben abgeschlossen, aber es ist unumgänglich, wir müssen wieder Spielraum für neue Investitionen bekommen, dazu muss die Fremdverschuldung abgebaut werden. Die SP-Fraktion ist mit dem vorliegenden Budget zufrieden und ist für Eintreten.*
*Ich bedanke mich bei der GPK für die Arbeit und den Bericht, kann es aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass diese Berichte jeweils früher bei den Einwohnerräten sein müssen, nicht erst am Freitag vor der Sitzung, wenn die Sitzung am Montag ist.*
*Ich danke dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit für das Budget und natürlich auch der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die grosszügige Unterstützung, die es uns ermöglicht, viele Leistungen zu erbringen, im sozialen und kulturellen Bereich, die ansonsten gestrichen oder über zusätzliche Beiträge von Leistungsbezüger finanziert werden müssten.»*

**René Schäffeler** erklärt, dass man auf die Anträge der GPK bei der Beratung der Investitionsrechnung eingehen wird.

Detailberatung

Seite 5, Titel «Investitionsrechnung»
**Nadja Spalinger** fragt, ob der Stadtrat bei den Planungskosten Parkhaus und der Neugestaltung Schifflände mit einer Fremdfinanzierung rechnet?

**Karin Sigrist erklärt,** dass die Finanzierung der Projekte zuerst gesichert sein muss, entweder mit einer zeitlich begrenzten Objektsteuer oder durch zugesicherte Fremdfinanzierung. Bei der Fremdfinanzierung der Planungskosten ist es schwieriger, diese müssen zuerst durch die Stadt aufgebracht werden, um die Grundlagen für den Entscheid überhaupt erst zu erarbeiten. Bei Vorlage des Projektes muss die Finanzierung dann gesichert sein und wenn möglich, werden auch die Planungskosten fremdfinanziert.

Seite 4
**Markus Vetterli** weist darauf hin, dass die Sparbemühungen bereits gross waren. Das Schulbudget belief sich im ersten Budgetentwurf 2018 auf ca. Fr. 4,8 Mio., ein sattes Wachstum, jetzt hat, dank starken Sparbemühungen, bereits ein moderater Rückgang auf ca. Fr. 4,3 Mio. stattgefunden. Das gleiche bei Kultur und Bildung, wo bereits Beträge in den Hundertausenden herunterbudgetiert wurden.

Seite 11, 020 Zentral- und Steuerverwaltung, 310.02 EDV Steuern (Kanton)
**Claudio Götz** möchte wissen, ob die Einführung des Aktenscannings Auswirkungen auf die Personalisierung hat.

**Karin Sigrist** verneint dies. Es handelt sich dabei um die Einführung der elektronischen Aktenführung. Es ist eine Verbesserung im Archiv aber nicht im Personalaufwand.

Seite 13, 022 Stadtkanzlei, 301.00 Besoldungen
**Nadja Spalinger** fragt nach, ob die Verschiebung eines 20 Prozent-Pensums von der Stadtkanzlei zum Sozialdienst mit der neuen Stelle der Arbeitsintegration zusammenhängt.

**Ernst Bühler** erklärt, dass Stefan Weibel mit 20% in den Einwohnerdiensten gearbeitet hat und dann zu 100% in die Stadtkanzlei kam. Susi Meier, welche 20% für die Kanzlei gearbeitet hatte, wechselte zum Sozialdienstsekretariat.

Seite 15, 025 Verwaltung Hochbau, 301.00 Besoldungen
**Nadja Spalinger** zitiert: «Die vollen Besoldungskosten fallen erst ab 2019 an, da 2018 teilweise noch Einarbeitungszuschüsse ausgerichtet werden». Sie hat sich über die EAZ eingelesen, wer Anspruch darauf hat. Weiter wird unter Position 319.00 dann erwähnt, dass eine Weiterbildung im Baurecht stattfindet. Sie hat sich nun gefragt, was für eine Person hier angestellt wurde, die erst Einarbeitungszuschüsse erhält und dann noch eine Weiterbildung im Bereich Immobilien und Baurecht absolviert.

**Karin Sigrist** gibt gerne Auskunft, aber nicht direkt im Rat, dies ist ein Personaldossier.

Seite 22, 210 Primarschule, 301.05 Besoldung Schulleitung
**Werner Käser** interessiert, ob es sich dabei nur um das Salär der Schulleitung handelt oder dies auch das Sekretariat beinhaltet.

**Karin Sigrist** teilt mit, dass es sich dabei um beide Saläre handelt.

**Cornelia Dean** möchte wissen, wieso die Kosten der Schule so angestiegen sind und wo man nun Kosten einsparen konnte.

**Karin Sigrist** erklärt, dass ganz viele Positionen nochmals evaluiert wurden. Es würde den Rahmen aber sprengen, wenn man alle Streichungen, die von der Behörde selber vorgenommen wurden, rückverfolgen würde.

**Beat Leu** fragt nach, ob im Zusammenhang mit den Bildungskosten in Stein am Rhein wieder einmal analysiert wurde, wie sich der Wechsel von der Mehrklassigkeit auf das Einzelklassen-System finanziell auswirken würde. Mit seiner Frage möchte er aber keinesfalls das Schulsystem kritisieren.

**Karin Sigrist** erwidert, dies sei eine wichtige Frage, würde aber sicher auch den Rahmen der Sitzung sprengen.

**Ruedi Rüttimann, Schulpräsident** erinnert daran, dass die Mehrklassigkeit eingeführt wurde, weil dies wirklich günstiger ist und die Schüler besser auf die Klassen verteilt werden können, als mit einer Jahrgangsklasse. Früher hatte man dann immer halbe Klassen und dies konnte mit dem altersdurchmischten Lernen gelöst werden.

Seite 28, 219 Allgemeines Erziehungswesen

300.00 Sitzungs- und Taggelder, Besoldung Schulbehörde
Karin Sigrist korrigiert den Betrag auf Fr. 35'000.-

303.00 Sozialleistungen
Karin Sigrist korrigiert den Betrag auf Fr. 4'500.-

Ergibt Total ein Minus von Fr. 33'600.- für das Schulbudget.

**Ruedi Vetterli** möchte noch auf die Frage, was billiger ist, zurückkommen, dazu gibt es ganze Bibliotheken. Auch in der Schule wird regelmässig überprüft was ist pädagogisch, finanziell möglich, was hätten wir gerne, was können wir uns leisten.

**Markus Vetterli** möchte noch kurz darauf hinweisen, dass die Schulbehörde das Kostenwachstum extrem genau über mehrere Jahre zurück analysiert hat und es sich gezeigt hat, dass viele externe Faktoren mitgespielt haben, bei denen die Behörde gar keinen Spielraum hatte. Aktuelles Beispiel: Man führt nach sehr vielen Jahren Diskussion einen neuen Lehrplan ein, da müssen die Lehrpersonen eingeführt werden, das gibt Weiterbildungskosten, da sind die Behörden machtlos und dies ist nur ein Beispiel um zu zeigen, dass es einfach gewisse Sachzwänge gibt.

Seite 34, 340 Strandbad und Badeanstalt Espi, 301.00 Besoldung Badmeister, 312.00 Strom, Wasser
**Peter Spescha** kann es nicht unterlassen, noch einmal auf dieses Thema zu kommen. Die Situation mit dem Strandbad ist aus finanzieller Sicht unbefriedigend. Die Kosten sind mit der Abschaffung des Badmeisteramtes nicht gesunken, aber das Kinderschwimmbad ist eingezäunt, der Sprungturm eigentlich gesperrt und das Floss

hat einem Röhrengebilde Platz gemacht. Erstaunlich ist vor allem, dass nun für die Besoldung Badmeister wieder 45‘000.- bereitgestellt werden muss, obwohl es keinen Badmeister mehr gibt.
Dann sind seit der Umstellung die Strom- und Wasserkosten frappant gestiegen, von jeweils zwischen 3‘000.- und 5‘000.- auf 14‘000.- im Jahr 2016. Strom und Wasser kosten uns also seit der Sanierung des Strandbades und der Verpachtung beinahe 10‘000.- mehr. Dagegen haben die Pachteinnahmen 2016 aber nur knapp 5‘000.- eingebracht. Wir subventionieren da also scheinbar den Wirtsbetrieb.

**Karin Sigrist erklärt,** dass in diesem Posten «Besoldung Badmeister» vor allem das Espi zu Buche schlägt, dies ist gleichgeblieben. Entschädigung für den Pachtvertrag bedeutet, dass die Pächter die Anlage pflegen und putzen, dafür erhalten sie eine Entschädigung. Dies ist hier auch enthalten.
Es ist ja eine Initiative pendent. Die Badkommission hat ein Reglement ausgearbeitet mit dem Ist-Zustand und noch eine Variante «Initiative», welche heissen würde, mehr Bademeister. Genau diese Frage wurde bereits im Stadtrat behandelt und verabschiedet und wird demnächst als Vorlage in den Einwohnerrat kommen. Danach kann diskutiert werden, was man für richtig hält.

Für **Peter Spescha** ist vor allem störend, dass man finanziell überhaupt keine Einsparung gegenüber dem Zustand mit Badmeister hat.

**Beat Leu** hat dazu eine Anschlussfrage. Wieso werden im Rhypark keine Eintrittsgelder mehr verlangt? Damit könnte ein kleiner Teil der Kosten gedeckt werden.

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dies sei eine rechtliche Frage. Wenn Eintritt verlangt wird, ist die Stadt in der Haftung. Bei Eintrittsgeld muss, sobald das Bad geöffnet ist, eine verantwortliche Person anwesend sein. Ohne Eintrittsgeld muss der Besucher seine Selbstverantwortung wahrnehmen.

**René Schäffeler** weist darauf hin, dass diese Vorlage in der Februar-Sitzung behandelt wird und es deshalb keinen Sinn macht, jetzt diesbezüglich eine Diskussion zu führen, die dann im Februar wiederholt wird.

**Ruedi Vetterli** erinnert daran, dass die Abschaffung des Badmeisters seinerzeit ein Beschluss des Einwohnerrates war. Die wahren Hintergründe, darüber kann man spekulieren, ein Punkt jedoch war, dass man mit der Abschaffung die Stadt aus der Haftung entlässt.

<u>314.00 Unterhalt der Gebäude und Anlagen</u>
**Claudio Götz** erkundigt sich, ob bei der Sanierung mit Beiträgen von Dritten gerechnet werden kann.

**Karin Sigrist** kann dazu noch nichts sagen.

<u>Seite 48, 582 Arbeitsintegration, 301.00 Besoldungen</u>
**René Schäffler** bittet Karin Sigrist, die Beträge, gemäss Beschluss Einwohnerrat, à Konto auf die Einführung ab frühestens Mai 2018 anzupassen.

Seite 58, 720 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung, 318.01 Entsorgung Grüngut
**Werner Käser** möchte wissen, worauf die neuen Kosten von Fr. 70'000 beim Transport zurückzuführen sind. Wo findet er die Einnahmen, wenn es heisst, diese würden verrechnet.

**Sönke Bandixen** erläutert, dass die Einnahmen im Moment über die Steuern gehen. Dies ist der Punkt, der falsch läuft bei der Grüngutentsorgung in Stein am Rhein. Die Mulden werden im Prinzip über die Steuern finanziert. Dies wird auf eine benutzergerechte Belastung auf Frühjahr 2019 geändert.

**Werner Käser** erinnert daran, dass bis vor kurzem Grüngut bei der Kläranlage deponiert werden konnte. Für Private gratis, das Gewerbe hat bezahlt, mit der Erweiterung der Kläranlage ist dies weggefallen. Im Kommentar steht: «Gewerbliche Anlieferungen werden direkt den Verursachern verrechnet», da gibt es ja dann doch Einnahmen.

**Martin Furger** erklärt, dass der Entsorgungsverband bis zum 30.06.2017 einen Kompostierplatz bei der Kläranlage betrieben hat. Für die Bearbeitung dieses Kompostierplatzes sind Kosten angefallen, welche zum Teil durch das Gewerbe gedeckt wurden, der restliche Nettoaufwand wurde gemäss den Einwohnerzahlen auf die Verbandsgemeinden verteilt. Dies ist der Aufwand, der im Budget 2017 erscheint bei der Position 720/314.01, Fr. 62'000.-. Ab 01.07.2017 wurde der Kompostierplatz geschlossen und nun ist die Firma Imhof zuständig. Das Gewerbe liefert nun direkt bei Imhof an und erhält auch direkt durch Imhof eine Rechnung. Was aber weiterhin bei den Gemeinden bleibt, ist das Grüngut aus den Grüngutmulden und dieses Volumen nimmt eher zu, da Personen, die früher am Kompostierplatz entsorgt haben nicht zu Imhof fahren und ihr Grüngut nun in den Mulden entsorgen. Damit fallen nun höhere Transportkosten an und die Kosten für die Entsorgung von Grüngut sind nun leicht höher, als die Kosten, die für den Kompostierplatz angefallen sind.

Seite 60, 790 Planung, 318.00 Generelle Planungen, Ortsplanungen
**Ruth Metzger** hofft, dass die Richtplanung auch einen Platz darin hat, dass man diese in Angriff nimmt, bevor der Kanton damit fertig ist.

**Karin Sigrist** verweist auf die letzte Sitzung, wo orientiert wurde, dass wenn der kantonale Richtplan vorliegt, die Gemeinden 5 Jahre Zeit haben, um ihren Richtplan zu erstellen. Dies wird nächstens geschehen und dann sind die Gemeinden in der Pflicht. Diese Position ist ein Reserveposten für Parkraumplanungskosten und man weiss, dass Stein am Rhein Süd geplant werden muss, deshalb diese Fr. 30'000.-.

Für **Ruth Metzger** würde es Sinn machen, wenn man die Planung für das Stadtgebiet schon vorliegend hat, bevor der Kanton den Richtplan vorlegt. Sie glaubt nicht, dass der kantonale Richtplan schon so bald kommt und die Stadt macht mit ihrer «Pflästerlipolitik» weiter.

**Sönke Bandixen** teilt mit, dass es im kantonalen Richtplan erhebliche Neuerungen geben wird. Unter anderem geht es um die ganzen Aus- und Umzonungen und mit welchen Mechanismen beim Kanton gearbeitet wird. Es gibt Richtlinien zum verdichteten Bauen, sogenanntes inneres Wachstum, wie müssen die Gemeinden da vorgehen. Die Gemeinden haben ein Assessment durchgemacht, mussten ihre Zonen

auswerten lassen, die Resultate wurden vor kurzem vorgestellt. Sie wissen, wie Stein am Rhein im Vergleich zu anderen Gemeinden steht. Die Vorgaben sind wesentlich und können die Planung erheblich betreffen, deshalb ist es wenig sinnvoll, eine eigene Richtplanung zu machen, bevor der Kanton wenigstens die Bandbreite und die Richtlinien bekanntgeben kann. Sie versprechen sich, dass aus der Planung des Kantons Eckpunkte herausgelesen werden können. Das bedeutet nicht, dass sie unvorbereitet auf den Kanton warten, eine Baukommission nimmt sich bereits dieser Themen an und ist in der Vorbereitung, dies läuft parallel. Aber der Kanton muss zuerst seine Vorgaben bekanntgeben.

**René Schäffeler** verweist bei dieser Gelegenheit auf das Dankesschreiben von Jörg Junker im Zusammenhang mit der Volksmotion, das er erhalten hat. Dieser hat sich für die Möglichkeit der Präsentation bedankt und dabei auf die Punkte hingewiesen, die Ruth Metzger erwähnt hat, dass man diese Richtplanung nicht auf die lange Bank schiebt und Einzelprojekt um Einzelprojekt voranschiebt, ohne dass die Gesamtschau da ist.

**Marcel Waldvogel** meint, es wäre sicher interessant, wenn sich die Stadt selber überlegen würde, was wollen wir überhaupt erreichen und dies in den kantonalen Richtplan einbauen würde. Ist so etwas auch geplant?

**Sönke Bandixen** erwidert, dass der kantonale Richtplan nicht auf einem Wunschkonzert von unten angelegt ist, sondern der kantonale Richtplan die eidgenössischen Vorgaben umsetzt. Aber sie sind mit dem Kanton seit bald einem Jahr in Kontakt. Letztlich haben sie einen eigenen Auftrag, einen Richtplan zu machen und das Resultat ist, dass Stein am Rhein zum ersten Mal einen lokalen Richtplan haben wird. Dies ist ein Schwerpunkt im Legislaturprogramm, aber erst in der zweiten Hälfte der Legislatur.

**Claudio Götz** verweist auf die Fr. 10'000, die für Parkraumplanung ausgegeben werden sollen. Letzthin wurde über das Verkehrskonzept im Rat orientiert. Im selben Jahr soll das Parkhaus Undertor und der Parkplatz Degerfeld geplant werden. Ist dies richtig so und ist dies in einem Jahr zu schaffen?

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dass in der Parkraumplanungskommission evaluiert werden soll, was alles schon einmal geplant wurde. Es gab vom alten Stadtrat her schon verschiedenste Projekte, die man nun zusammenführen möchte und dazu müssen auch die Verkehrswege evaluiert werden. Sie möchten dafür, wo nötig, Hilfe von Fachleuten holen. Es geht nicht nur um das Undertor sondern auch um das Gebiet Vorderbrugg, es sind verschiedene Sachen, die sie ins Auge gefasst haben.

**Marcel Waldvogel** geht davon aus, dass der Stadtrat nicht einfach in diese Sitzungen geht und sich von den entsprechenden Beratern etwas erzählen lässt, sondern sich selber vorgängig schon Gedanken macht, was wollen wir erreichen und ist dies überhaupt realistisch.

**Thomas Schnarwiler** kann dies bestätigen.

**Markus Vetterli** fragt nach, ob die Stadt beabsichtigt, mit der gleichen Firma zusammenzuarbeiten, die das Verkehrskonzept gemacht hat.

**Thomas Schnarwiler** verneint dies.

Seite 64, 812 Holzernte,
**Nadja Spalinger** möchte auf etwas Positives hinweisen. Dies ist einer der wenigen Punkte, wo der Ertrag höher als der Aufwand ist und sie findet es schön, dass die Holzwirtschaft in Stein am Rhein so gut funktioniert.

Seite 68, 860 Wärmeverbund, 319.00 Verschiedene Ausgaben
**Gian Luca Marchetto** interessiert sich für den Kommentar «…andererseits die Nutzung der Energie des Rheins». Geht es dabei um ein konkretes Projekt?

**Thomas Schnarwiler** informiert, dass eine Idee existiert, mit der Installation eines 600 Kilowatt Wärmetauschers im Rhein die Heizung im Sommer durch die Rheinwärme zu betreiben und das Gas abzustellen.

**Karin Sigrist** ergänzt, dies würde zusammen mit der Sanierung der Schiffsanlegestelle passieren. Es besteht deshalb ein zeitlicher Zusammenhang und es muss nun evaluiert werden, ob dies eine Möglichkeit wäre.

**Thomas Schnarwiler** fügt an, dass dies mit den geplanten Bauarbeiten verbunden werden soll, damit nicht zwei Jahre später wieder Leitungen gelegt werden müssen.

Seite 74, 333.00 finanzpolitische Reserve Korrigenda
**Karin Sigrist** verweist auf die vorherige Korrektur von Seite 28, 219 Allgemeines Erziehungswesen. Die minus Fr. 33'600.- führen hier zu einer Erhöhung der finanzpolitischen Reserve auf Fr. 219'900.
Dies, da alles, was eingespart werden kann, der finanzpolitischen Reserve zugeführt wird.

**René Schäffeler** ergänzt, dass dies in diesem Fall auch für die pro Rata Kosten der Arbeitsintegration gilt.

**Karin Sigrist** erklärt, dass sich dies mit den Erträgen ausgleicht.

**Markus Vetterli** stellt im Namen der SP-Fraktion zwei Ordnungsanträge:
1. 15 Minuten Pause
2. Doppelsitzung aufgrund der noch vorliegenden Traktandenliste.

**Gian Luca Marchetto** weist darauf hin, dass eine Doppelsitzung erst ab 3 Stunden Sitzung möglich ist und dieser Antrag erst später gestellt werden kann. Den ersten Antrag kann er aber unterstützen.
**********
15 Minuten Pause bis 22.25 Uhr.

**********

Detailberatung Investitionsrechnung

Seite 80/81, 090 Verwaltungsgebäude, 504.00 Rathaussanierung
**Karin Sigrist** verweist auf den GPK-Antrag. Wie bei den Kommentaren ersichtlich, geht es darum, die Grundlagen zu schaffen damit überhaupt ein Kredit beantragt werden kann. Früher waren im Budget Fr. 300'000 jährlich für den Unterhalt von Gebäuden enthalten. Mit dem neuen Finanzplan entfällt dies, das heisst, es hat nirgends eine Reserve für den Unterhalt von Gebäuden. Dies muss nun immer einzeln beantragt werden, deshalb die Fr. 50'000.-

**Gian Luca Marchetto** weist darauf hin, dass die GPK Antragsrecht hat, dies möchte er noch formell anbringen.

**René Schäffler** möchte zuerst die Investitionen seitenweise durchgehen und am Schluss auf den Antrag der GPK zurückkommen.

**Gian Luca Marchetto** bezieht sich auf die vorgängige Intervention der Finanzreferentin.

**Karin Sigrist** erwidert, sie habe nur zum Antrag der GPK Stellung genommen.

**Gian Luca Marchetto** hält fest, dass die Anträge GPK vor den Anträgen des Stadtrates kommen.

Seite 82/83, 210 Primarschule, 503.00 Schulanlage Schanz
Fassadensanierung Fr. 450’000
**Peter Spescha** findet es angebracht, dass für die Sanierung der Fassade des Schulhauses Schanz von Fr. 450‘000.- dem Einwohnerrat eine detaillierte Vorlage unterbreitet wird. Auch wenn bereits im Budget 2017 Fr. 220‘000.- bewilligt worden sind.

**Karin Sigrist** kann dies unterstützen, es wäre auch ihr Antrag, dass der Kredit unter dem Vorbehalt gesprochen würde, dass der Einwohnerrat der rechtsgültigen Vorlage zugestimmt hat. Sie hätte diesbezüglich einen Formulierungsvorschlag.

Für **Peter Spescha** stellt sich jetzt die Frage, ob man dies erst am Schluss machen will oder zu jeder der einzelnen Position. Denn es hat Positionen in der Investitionsrechnung, bei denen der Zusatz, dass der Kredit erst bewilligt ist, wenn der Stadtrat dem Einwohnerrat die Vorlage unterbreitet hat, bereits vorhanden sind. Er würde vorschlagen, dass man diese bei den einzelnen Positionen jeweils noch einfügt.

**Karin Sigrist** findet es schwierig, dies im Budget noch einzufügen, da müsste dieses ja nochmals verschickt werden. Deshalb schlägt sie vor, dass man eine Beschlussziffer mit solchen Korrekturen macht.

**René Schäffler** fasst zusammen, dass konkret bei Position 210/503.00 zur Fassadensanierung der Zusatz «Der Kredit bleibt gesperrt, bis der Einwohnerrat der Kreditvorlage zugestimmt hat» eingefügt werden müsste, analog dem Zusatz bezüglich Neugestaltung Pausenplatz.

**Karin Sigrist** möchte gerne einen Ordnungsantrag stellen. Sie fände es einfacher, wenn man die Beschlüsse zu den Anträgen der GPK direkt bei jeder Position machen könnte und nicht erst am Schluss.

**René Schäffeler** verweist auf den Antrag der GPK Punkt 5a) und 5b), der diese Positionen summarisch umfasst.

**Karin Sigrist** möchte dies aufschlüsseln und zu jeder Position direkt den Beschluss fassen.

**René Schäffeler** fragt, ob der Einwohnerrat wünscht zu jeder Position einzeln Stellung zu nehmen oder gemäss Antrag der GPK in Globo?

**Beat Leu** meint, die Idee der GPK war wohl schon, dass über diese Position im Block beschlossen wird und nicht über jede einzelne Position. Ist die GPK überhaupt einverstanden, wenn man dies jetzt aufschlüsselt. Der Antrag der GPK ist eigentlich klar formuliert.

**Georg Berner, GPK** hält fest, der Antrag ist Punkt 5a) und 5b) und darüber muss in Globo abgestimmt werden. Es war nicht die Idee, dass jetzt über jede einzelne Position diskutiert und abgestimmt wird.

**René Schäffeler** fasst zusammen, dass der Antrag so entgegenzunehmen und so zu akzeptieren ist.

**Karin Sigrist** findet, dass man so zuerst dem GPK-Antrag zustimmen müsste und anschliessend doch nochmals auf die einzelnen Positionen zu sprechen käme, was sie sehr kompliziert findet.

**René Schäffler** erklärt, dass es grundsätzlich möglich ist, zu einer Position verschiedene Anträge zu stellen. Wenn der Einwohnerrat der GPK nicht folgen und die Positionen einzeln behandeln möchte, dann kann er das.

**Ernst Bühler** schliesst sich der Meinung von Karin Sigrist an. Mit Antrag 5a) und 5b) wird bereits Diverses vorweggenommen. Wenn man die verschiedenen Positionen diskutiert, wird man dem GPK-Antrag ja gerecht und die Diskussion würde am richtigen Ort geführt.

**Jörg Derrer** meint, wenn er eine Position diskutieren möchte, müsste er ja dann einen Antrag stellen, diese aus der Liste der GPK herauszunehmen. Deshalb wäre es sinnvoll, die Positionen der Reihe nach zu diskutieren.

**Gian Luca Marchetto** hält daran fest**,** dass die GPK einen Antrag gestellt hat und die GPK ein Antragsrecht hat. Der Stadtrat hat nichts zu wünschen. Die GPK kommt mit zwei Packages a) und b), darüber muss man abstimmen. Dies geht vor dem Wunsch des Stadtrates.

**Markus Vetterli** verweist auf das wichtige Prinzip der Einheit der Materie. Wenn so ein grosses Paket mit so unterschiedlichen Projekten kommt, ist die Einheit der Materie verletzt. Dann ist es seines Erachtens nicht rechtens, wenn man gezwungen wird, als Rat ein solches Paket abzusegnen. Man hat absolut das Recht, differenziert zu einzelnen Positionen Stellung zu nehmen. Man kann natürlich zuerst den GPK-Antrag annehmen oder zurückweisen und dann nochmals alles einzeln ändern. Ob dies allerdings Sinn macht, ist eine andere Frage.

**Rene Schäffeler** teilt mit, dass in der Geschäftsordnung dies wie folgt ausgeführt ist: «Wenn eine Abstimmungsfrage teilbar ist, so kann jedes Ratsmitglied die Trennung der Abstimmung verlangen. Bei Abstimmungen über Zusammenhänge sollten solche Trennungen nicht stattfinden».

**Antrag auf Trennung des Antrags GPK**
**Peter Spescha, SP,** stellt den Antrag, dass der Antrag GPK Punkt 5 a) und 5 b) in die einzelnen Investitionsprojekte getrennt wird.
Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen angenommen.

Seite 80/81, 090 Verwaltungsgebäude, 504.00 Rathaussanierung

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 090/504.00**
Der Antrag der GPK wird mit 6 Ja/4 Nein/3 Enthaltung angenommen und das Projekt Rathaussanierung zurückgestellt.

Seite 82/83, 210 Primarschule, 503.00 Schulanlage Schanz
Fassadensanierung Fr. 450’000

**Peter Spescha** wünscht den Zusatz: «Der Kredit gilt erst bewilligt, wenn der Stadtrat dem Einwohnerrat eine detaillierte Vorlage unterbreitet hat und der Einwohnerrat der Kreditvorlage zugestimmt hat.»

**Karin Sigrist** schlägt vor, dass man im Beschluss die betroffenen Projekte mit dem Zusatz aufführen würde: «Der Stadtrat wird beauftragt, den Einwohnerrat für die nachfolgend aufgeführten Investitionsvorhaben detaillierte Kreditvorlagen mit Finanzierungsnachweis zur Genehmigung vorzulegen. Die jeweiligen Budgetkredite bleiben gesperrt, bis der Einwohnerrat der entsprechenden Kreditvorlage zugestimmt hat.» Dazu kommt eine Liste mit den betroffenen Projekten wie jetzt z.B. 210 / 503.00 und der Projektbezeichnung.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/503.00**
Der Antrag der GPK wird mit 6 Ja/7 Nein abgelehnt und das Projekt Fassadensanierung Schulanlage Schanz nicht zurückgestellt.

**Antrag Spescha für Zusatz «Gesperrt bis Kreditvorlage zugestimmt»**
Wird mit 11 Ja-Stimmen angenommen.

Seite 88/89 620 Strassen, 501.04 Schifflände Neugestaltung

**Peter Spescha** fragt, ob man bereits eine Idee hat, in welche Richtung die Neugestaltung gehen wird. Geht es dabei um die Sanierung der gesamten Schifflände oder das behindertengerechte Ausgestalten.

**Thomas Schnarwiler** antwortet, dass dies die behindertengerechte Ausgestaltung sowie die Mauersanierung ab Schwarzhorngasse bis Bahnhof Liliput-Bahn beinhaltet.

**René Schäffeler** möchte wissen, ob Beiträge Dritter gesprochen wurden. Hier sieht man nur die Gesamtposition aber keine Details. Wieviel bezieht sich davon auf die Schifflände, wieviel auf die Sandgrueb?

**Karin Sigrist** informiert, dass Fr. 450'000.- auf die Sandgrueb fallen, für die Neugestaltung der Schifflände sind es Fr. 390'000.-. Das gesamte Trottoir der Migros ist fremdfinanziert. Es ist im Baugesuch festgehalten, dass die Firma, welche die Liegenschaft besitzt, das Trottoir erstellen muss und die neue Perimeterverordnung gilt auch für Bauvorhaben, die schon laufen.

**Georg Berner** möchte bestätigt haben, dass die Perimeterbeiträge für das Trottoir Sandgrueb Fr. 450'000.- betragen.

**Karin Sigrist** bestätigt dies, das Trottoir wird zu 100% fremdfinanziert.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/501.04**
Der Antrag der GPK wird mit 7 Ja/5 Nein/1 Enthaltungen angenommen und das Projekt Schifflände Neugestaltung zurückgestellt.

**Sönke Bandixen** findet das Vorgehen ziemlich merkwürdig. Der Einwohnerrat schreibt aus Budgetüberlegungen verständlicherweise Positionen ab. Dies aber war eine Motion, die im Einwohnerrat gutgeheissen wurde, wohlbemerkt, die jahrelang verzögert wurde bis endlich darauf bestanden wurde, dass dies nun gemacht wird. Der Stadtrat hat einen Antrag vorbereitet und dieser basiert auf dem Entscheid des Einwohnerrates, basiert auf einer Volksmotion. Der Fremdfinanzierungbeitrag der Stiftung hat einen Termin und wenn das Projekt bis dann nicht abgeschlossen ist, verfällt dieser. Mit diesem Entscheid ist die Motion abgeschrieben und wird nicht mehr durchgeführt. Was macht der Rat eigentlich? Wir sparen damit nichts ein. Die Vorlage ist fremdfinanziert, er hat sich beim Stiftungsrat persönlich dafür eingesetzt und die Stiftung hat zusätzliche Fr. 250'000 gesprochen. Nun haben wir eine Vorlage, die wirklich schlank daherkommt. Wir haben keine hängenden Gärten in der Schifflände, wir machen kein Firlefanz, wir machen, was gemacht werden muss, einen behindertengerechten Zutritt und sonst nichts. Und wenn wir es schon machen, sanieren wir noch die Mauer, das ist so abgemacht und dies zahlt die Windler-Stiftung ebenfalls. Man wollte diese Arbeiten bereits im nächsten Winter machen, sie sind verpflichtet, sonst wird der Beitrag gestrichen. Er möchte bitten, dies nochmals zu überdenken. Es geht nicht nur um Zahlen, sondern um ein Projekt, dass seit Jahrzehnten da ist und jetzt kurz vor Schluss wird es aus irgendwelchen politischen Gründen abgesägt. Das ist nicht seriös

**Karin Sigrist** weist darauf hin, dass es noch einen Kreditantrag im Einwohnerrat gibt und dieses Geschäft noch vors Volk muss.

**Peter Spescha** stellt einen Rückkommensantrag. Schlussendlich hat man nichts gespart, sondern nur Ärger gemacht. Die Schifflände muss bis 2022 behindertengerecht gemacht sein.

Für **Markus Vetterli** scheint es vom GPK-Bericht her und auch vom vorherigen Abstimmungsverhalten deutlich zu werden, dass manche einfach eine Verengung auf Zahlen vornehmen. Die Stadt besteht aus mehr als Zahlen. Es geht nicht nur um ein Budget, es geht um einen Zustand dieser Stadt. Es geht um einen realen Gegenwert, den wir erhalten wie einen Bahnhof und einen behindertengerechten Zustieg. Dies sind Fakten, die auch für das Gewerbe, für die ganze Wirtschaft, für das Wohlsein und die Lebensqualität im Städtchen relevant sind. Wenn man jetzt einfach mit einer finanzpolitischen Verengung im Kopf agiert und dies konsequent durchzieht, haben wir

bald italienische oder New Yorker Zustände, mit einer verlotterten Infrastruktur, aber mit einem guten Budget. Gewisse Dinge kommen so einfach später auf den Tisch und schmerzen dann noch viel mehr.

Für **Werner Käser** wäre es hilfreich gewesen, wenn die Anmerkungen des Stadtpräsidenten schon vor der Abstimmung gekommen wären.

**Abstimmung Rückkommensantrag P. Spescha, SP, Abstimmung Schifflände**
Das Rückkommen wird mit 9 Ja / 4 Enthaltungen angenommen.

**Claudio Götz** fragt, ob es dann stimmt, dass wenn Fr. 390'000.- der Beiträge Dritter, an die Neugestaltung gegen Fr. 360'000 eigenfinanziert sind.

**Thomas Schnarwiler** antwortet, dass dies so stimmt, allerdings hat die Stiftung zugesichert, dass sie diesen Betrag ebenfalls übernehmen wird, wenn die Stadt das Projekt abschliesst.

**Sönke Bandixen** erklärt, dass die neue Regelung heisst, es gibt nichts mehr an die Planungskosten, diese müssen durch die Stadt vorfinanziert werden. Aber wenn ein Projekt realisiert wird, bei dem die Stiftung Gelder gesprochen hat, wird die Stiftung im Nachhinein die Planungskosten bezahlen. Dies gilt auch hier.

**Marcel Waldvogel** schliesst daraus, dass die Aussicht besteht, dass 100% fremdfinanziert werden.

**Sönke Bandixen** antwortet, dass es einige Zerquetschte geben wird, die zu Lasten Stadt gehen, aber es wird zu grossen Teilen bezahlt.

**Daniel Ochsner** findet es eigentlich schon fast lachhaft, dass sie diese Informationen eigentlich schon fast wieder zu spät erhalten haben. Sie können nur aufgrund ihres Wissenstandes entscheiden.

**Karin Sigrist** erklärt, dass sie in der Investitionsrechnung die geplanten Investitionen auflisten, auch wenn sie noch nicht vom Einwohnerrat und vom Volk beschlossen sind, dann hat dieses Geschäft einen Vorbehalt. Es sprengt eigentlich den Rahmen der Investitionsrechnung, über Kreditbegehren, die erst noch kommen, Details auflisten. Aufgrund dieser 3 Sätze in den Kommentaren weiss man noch zu wenig, um Ja oder Nein zu sagen, aber wenn diese Vorlage kommt und sie gut ist, kann man mit gutem Gewissen zustimmen oder auch nicht. Dies ist alles noch offen, hier geht es einzig darum, dass in der Investitionsrechnung enthalten ist, dass diese Vorlage noch kommt.

**Sönke Bandixen** findet, der Antrag der GPK Projekte herauszunehmen ohne einen Antrag zu haben, sei eigentlich unnötig. Es reicht, wenn der Stadtrat verpflichtet wird, die Finanzierung zu bringen, wenn der Antrag kommt. Der Rat kann immer noch Nein sagen, wenn es dann soweit ist. Dann weiss man auch, was Sache ist. Aber wir können nicht im Vornherein alle Projekte als fixfertige Anträge ausarbeiten. Wenn die Projekte in den Einwohnerrat kommen, hat dieser die volle Freiheit zu entscheiden, was damit zu tun ist. Projekte, von denen noch keine Details bekannt sind im vornherein zu streichen, da muss der Einwohnerrat selber wissen, ob er dies verantworten kann.

**René Schäffeler** gibt Daniel Ochsner insofern Recht, dass die Beiträge bei einer solch grossen Position schon einzeln aufgeführt werden müssten. So ist es schon suboptimal.

Für **Sönke Bandixen** sollte es allen klar sein, dass über Bruttokredite gesprochen wird und wenn man interessiert ist, kann man jederzeit nachfragen.

**Gian Luca Marchetto** möchte schon noch unterstreichen, dass wenn nicht steht, dass eine Vorlage kommt, wie soll man dies wissen? In Punkto Transparenz und Kommunikation besteht ein Defizit. Thema war Rückweisung dieses Budgets und jetzt sind wir genau an diesem Punkt. Wenn der Stadtrat nicht kommuniziert, wenn er nicht transparent ist, wenn er nicht hinausgeht und die Bevölkerung endlich einmal informiert, dann passieren solche Dinge.

**René Schäffeler** verweist auf den Kommentar, bei dem auf eine detaillierte Vorlage mit Finanzierungsnachweis hingewiesen wird. Bei anderen Positionen ist der Vorwurf gerechtfertigt, aber nicht bei dieser Position zur Schifflände.

**2.Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung 620/501.04**
Der Antrag der GPK wird mit 8 Nein/5 Enthaltungen abgelehnt und das Projekt Schifflände Neugestaltung somit nicht zurückgestellt.

**Martin Furger** hat in der Zwischenzeit den Antrag der GPK durchgelesen. Die GPK beantragt ja nicht, die Position zu streichen, sondern sie macht einen Vorbehalt, den Kredit zeitlich zurückzustellen, bis ein neuer Finanzplan erarbeitet und verabschiedet ist. Das heisst, der Stadtrat könnte morgen einen Finanzplan erarbeiten, für die Verabschiedung ist nämlich auch der Stadtrat zuständig, und der Kredit wäre bewilligt. Darum meinte er, es ist besser, wenn der Stadtrat in Aussicht stellt, eine detaillierte Kreditvorlage zu bringen, der Einwohnerrat diese Vorlage beurteilen kann und dann entscheidet, als jetzt diesem Vorbehalt der GPK zuzustimmen.

620 Strassen/501.47 Sandgrueb Trottoir
Die Diskussion zu dieser Position hat bereits vorgängig stattgefunden.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/501.47**
Der Antrag der GPK wird einstimmig abgelehnt und das Projekt Sandgrueb Trottoir nicht zurückgestellt.

Die Vorlage kommt auf die Liste «Gesperrt bis Kreditvorlage zugestimmt».

620 Strassen/501.60 Parkhaus Undertor
**Peter Spescha** fragt sich, was mit diesen Fr. 120'000 geplant werden soll. Wir haben schon einmal geplant und Fr. 120'000 versenkt. Nur zur Erinnerung, die damalige Planung dieser Totgeburt hat Planungskosten von einer halben Million verursacht, die unsere Rechnung noch Jahre danach belastet hat.

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dass man dies nochmals aufrollen möchte und mit dem Verkehrskonzept zusammen evaluieren, was sinnvoll ist, auch gesamtheitlich mit Vorderbrugg. Man möchte dies nun zeitnah anpacken.

**Nadja Spalinger** fragt nach, ob dies zeitnah noch in den Einwohnerrat kommt.

**Karin Sigrist** bestätigt dies.

Für **Marcel Waldvogel** tönt es, wie wenn dies erst einmal Überlegungen sind und noch keine Detailplanung. Es wäre sinnvoll darzustellen, was überhaupt nötig ist und dann im Einwohnerrat darüber zu sprechen. Aber nochmals Geld für eine Detailplanung in dieser Grösse auszugeben, macht keinen Sinn.

**Sönke Bandixen** hat kein Problem mit diesem Vorbehalt. Die Parkierungsprobleme in dieser Stadt sind 35jährig, früher oder später müssen diese gelöst werden. Sie haben gesagt, sie kommen mit diesem Antrag in den Einwohnerrat.

**Claudio Götz** findet im aktuellen Finanzplan nichts bezüglich Undertor-Parkhaus.

**Thomas Schnarwiler** ergänzt, dass das ganze Parkierungsproblem auch erst frisch wieder im Rat aufgenommen wurde.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/501.60**
Der Antrag der GPK wird mit 7 Ja/5 Nein/1 Enthaltung angenommen und das Projekt Parkhaus Undertor zurückgestellt.

**Karin Sigrist** weist darauf hin, dass wenn sie dies im neuen Finanzplan aufführen, dieser Kredit automatisch genehmigt ist und nicht mehr in den Einwohnerrat kommt. Ist dies so gewollt?

Das Projekt kommt auf die Liste Sigrist «Gesperrt bis Kreditvorlage zugestimmt».

**Markus Vetterli** fragt, ob es nicht mit der Finanzkompetenz des Stadtrates geregelt ist, wann es eine Kreditvorlage benötigt?

**René Schäffeler** erklärt, dass dies nicht gilt, wenn dies bereits im Budget bewilligt wurde.

**Karin Sigrist** ergänzt, dass bei einem Betrag über Fr. 600'000 dies auch nicht der Einwohnerrat beschliessen kann, dann muss es sowieso vor das Volk, wie z.B. die Schifflände. Der Budgetkredit ist auch begrenzt.

Seite 88/89 620 Strassen, 501.66 Parkplatz Degerfeld
**Cornelia Dean** möchte beantragen, dass zuerst eine Vorlage mit einem Verkehrs- und Parkplatzkonzept vorgelegt wird und danach erst der Kredit durch den Einwohnerrat bewilligt oder abgelehnt wird. Bitte auf die Liste setzen.

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dass die Parkierung im Degerfeld immer wieder ein Thema ist. Die Stadt hat eine Umfrage gemacht, die Mieter wären vorhanden und innerhalb eines Jahres wären die Kosten refinanziert. Das Geld wird nicht planlos ausgegeben.

**René Schäffeler** findet den Klammerbegriff 3 - 8 Jahre je nach Ausbaustandard, sei etwas missverständlich. An und für sich ist der Ausbaustandard ja vorgegeben. Er geht davon aus, in der vorliegenden Planung ist die Amortisation kurzfristig.

**Thomas Schnarwiler** bestätigt dies so.

**Cornelia Dean** hat noch ein Gegenargument, sie wohnt ja dort. Der Platz, der für diese Parkplätze in Aussicht gestellt wurde, ist genau das Mittelstück über das abgestimmt wurde und nun nicht bebaut wird. Im Parkplatz- und Verkehrskonzept heisst es deutlich, dass die Autos unterirdisch geparkt werden sollten und so wenig wie möglich oberirdisch. Es belastet das Quartier und ist auch nicht schön, dort einen Parkplatz zu machen. Wir geben teures, städtisches Land dafür her und wir Einfamilienhäuser-Besitzer haben unsere Parkplätze alle selber gebaut. Jetzt werden dort neue Wohnungen erstellt und man weiss schon im vorherein, dass es zu wenig Parkplätze haben wird. Das findet sie schon sehr fragwürdig. Mit einem Verkehrskonzept könnte man vielleicht auch auf der Strasse parken und damit gleich etwas für die Verkehrsberuhigung machen. Vielleicht hat es ja auch genügend Parkplätze und die Personen, die zuziehen haben gar nicht so viele Autos. Evtl. gibt es eine Lösung ohne einen hässlichen Parkplatz mitten im Quartier, welcher die Leute animiert, noch mehr Autos zu haben. Es hat ja auch einen gewissen Erziehungsfaktor. Dies alles muss sorgfältig geprüft und die verschiedenen Aspekte miteinbezogen werden.

**Thomas Schnarwiler** erklärt, mit der gewählten einfachen Variante ist der Rückbau jederzeit wieder möglich.

**René Schäffeler** bittet, als Korrekturwunsch bei den Erklärungen den Text betreffend Kindergarten zu streichen.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/501.66**
Der Antrag der GPK wird mit 10 Ja/1 Nein/2 Enthaltung angenommen und das Projekt Parkplatz Degerfeld zurückgestellt.

Antrag «Gesperrt bis Kreditvorlage zugestimmt»
Wird angenommen mit 12 Ja / 1 Enthaltung

501.67 Busparkplatz Undertor Ersatz
**Cornelia** Dean möchte wissen, ob dies auch neue Einnahmen generiert. Weiss man, wie schnell sich dies amortisiert?

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dass der Busparkplatz schon abgeändert wurde und die Hälfte steht jetzt für Personenwagen zu Verfügung steht, dies gibt mehr Einnahmen. Bei den neuen Busplätzen werden die Einnahmen in etwa gleich bleiben.

**Peter Spescha** findet es eine gute Sache, die Busse ausserhalb des Städtchens zu halten, aber es wird mit den Weg- und Zufahrten bei Aus- und Einladen mehr Busverkehr generiert.

**Thomas Schnarwiler** verneint dies, weil diejenigen Busse die nur für 20 Minuten anhalten, dann nicht mehr kommen werden. Es wird eher etwas entlasten, auch personenmässig.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 620/501.67**
Der Antrag der GPK wird mit 5 Ja/3 Nein/5 Enthaltung angenommen und das Projekt Busparkplatz Undertor Ersatz zurückgestellt.

Antrag «Gesperrt bis Kreditvorlage zugestimmt»
Wird einstimmig angenommen.

620 Strassen/501.83 Niderfeldstrasse Strasse und Beleuchtung
700 Wasserversorgung/501.83 Niderfeldstrasse Wasser
710 Kanalisation/501.83 Niderfeldstrasse Kanalisation
Total Fr. 365'000

**Karin Sigrist** teilt mit, dass diese Vorlagen noch durch Markus Oderbolz ausgearbeitet wurde. Der Kredit wurde 2014 im Einwohnerrat bewilligt und ist auch im Finanzplan. Dies auch wegen den Subventionen, die gesprochen werden. Bis 2021 müssen die Arbeiten abgeschlossen sein, dann erhält man vom Kanton Subventionen von 25%. Zudem sind Wasser wie auch Abwasser gebührenfinanziert, sie belasten die laufende Rechnung nicht.

**Peter Spescha** meint, dies hinauszuschieben macht wenig Sinn, es kommt sowieso. Deshalb ist er der Meinung, dies wie geplant zu machen.

**Marcel Waldvogel** findet, es handle sich dabei also um eine vorzeitige Sanierung, d.h., es wird etwas ersetzt, das eigentlich noch eine Lebensdauer hat.

**Karin Sigrist** verneint dies. Es ist so, dass man dort schon Investitionen hatten infolge Rohrbrüchen, es ist dringend.

**Thomas Schnarwiler** erklärt, dass die Gussrohre seinerzeit falsch verlegt wurden. Diese wurden in ein Sandbett gelegt und mit Hölzchen unterlegt. Diese Hölzchen haben die Korrosion der Roher beschleunigt und dadurch und durch die Vibrationen entstehen diese Rohrbrüche.

**Jörg Derrer** weiss, dass die Druckverhältnisse nicht stimmen. Eine solche Strassensanierung benötigt einen gewissen Vorlauf, da arbeiten verschiedene Werke miteinander. Aufgrund der verschiedenen Schäden wird dies nun im Weissbuch vorgezogen. Drei andere Strassen wurden dafür aus dem Weissbuch gestrichen.

**Karin Sigrist** ergänzt, dass alles so abgestimmt ist, dass die Ausschreibungen im Dezember gemacht werden können, da bekommt man günstigere Angebote. Es ist jetzt alles schön eingespielt, deshalb kann man dies nicht verschieben und gemacht werden muss es sowieso.

**Markus Vetterli** möchte noch darauf hinweisen, dass die Baukosten nicht sinken werden.

**Gian Luca Marchetto** sagt an die Adresse von Markus Vetterli, dass dies eine Frage des Einkaufs sei, da sind die Verantwortlichen in Punkto Offerteinholung gefordert, was die GPK übrigens auch noch anschaut. Das Zweite ist, dass 2021 nicht ganz stimmt, es ist 2022. Es ist im Moment nicht dringend notwendig, man könnte es hinausschieben.

**Karin Sigrist** bestätigt, dass es eine Fristverlängerung bis 2022 gegeben hat.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung von Pos. 620/501.83, 700/501.83, 710/501.83**
Der Antrag der GPK wird mit 2 Ja/8 Nein/3 Enthaltung abgelehnt und die drei Teilprojekte Niderfeldstrasse nicht zurückgestellt.

Seite 92 942 Liegenschaften des Finanzvermögens, 503.12 Burg Hohenklingen erweitere Instandhaltung
**Peter Spescha** führt aus, dass die Burg Hohenklingen in verschiedenen Etappen teilsaniert wurde, dies ist jetzt die letzte Etappe. Dies ist ein Bruttobetrag und auch hier ist die Stiftung stark beteiligt. Diesen Posten zurückzustellen macht wenig Sinn, da es der Rechnung nur eine sehr geringe Entlastung bringt, da damit auch die Beiträge Dritter ausbleiben würden.

**Christian Gemperle** ergänzt, dass es sich um die letzte Tranche dieser Sanierung handelt. Die Sanierung findet immer nur statt, wenn der Restaurantbetrieb eingestellt ist, (Januar/Februar) deshalb wurde diese Tranche bereits aufgegleist und die Aufträge sind vergeben. Es wäre sicher nicht sinnvoll, dies nochmals um ein Jahr zu verzögern. Durch die Stornierungen könnten ebenfalls Kosten anfallen.

**Beat Leu** verweist auf den Kommentaren «…die Kosten übernimmt bis auf einen geringen Restbetrag die Stiftung…» Wie gross ist dieser Restbetrag?

**Thomas Schnarwiler** informiert, dass es gut Fr. 70'000 sind und dies sind Küchengeräte, welche die Stiftung nicht bezahlt. Der Rest wird übernommen. Diese Geräte wurden bereits letztes Jahr eingebaut.

**Christian Gemperle** berichtigt, dass es in der gesamten Vorlage Fr. 87'700 sind, die die Stadt für die Sanierung bezahlen muss.

**Claudio Götz** meint, es gäbe sicher Küchengeräte, die eine längere Lebensdauer als 10 Jahre hätten.

**Christian Gemperle** entgegnet, dass man einen Restaurationsbetrieb nicht mit einem Privathaushalt vergleichen kann.

**Abstimmung Antrag GPK auf Rückstellung Pos. 942/503.12**
Der Antrag der GPK wird mit 11 Nein/2 Enthaltung abgelehnt und die Sanierung Burg Hohenklingen nicht zurückgestellt.

Seite 92 942 Liegenschaften des Finanzvermögens/500.05 Areal Eggli
**Peter Spescha** bezieht sich auf das letztjährige Budget, darin war noch enthalten: «Der Stadtrat wird dem Einwohnerrat eine überarbeitete Vorlage mit entsprechendem Finanzierungsnachweis vorlegen», dieser Zusatz ist nicht mehr enthalten, der Betrag aber immer noch.

**René Schäffeler** weist darauf hin, dass dies nun eine Orientierungsvorlage ist.

**Sönke Bandixen** ergänzt, dass der Stadtrat dies als eine gebundene Ausgabe erachtet, deshalb auch diese Vorlage.

**Peter Spescha** fragt, ob man Fr. 600'000 als gebundene Vorlage betrachten kann.

**René Schäffeler** möchte sowieso beliebt machen, dass man diese Orientierungsvorlage heute nicht mehr behandelt, da die anstehenden Wahlen noch unbedingt durchgeführt werden müssen.

**Marcel Waldvogel** stellt den Antrag, dass dieser Zusatz vom letzten Budget auch jetzt wieder ins Budget aufgenommen wird. Wenn es eine gebundene Ausgabe ist, dürfen sie dies auch übersteuern.

**Karin Sigrist** verweist auf die laufende zweijährige Frist, an welche die Fremdfinanzierung gebunden ist. Wenn dies eine Vorlage werden soll die vor den Einwohnerrat muss, dann wird der Rückbau verzögert. Wir haben einen bewilligten Kredit und wir halten den Zweck dieses Kredites auch ein. Es wurde Asbest gefunden und sonstiges Deponiematerial, was alles viel teuer macht. Wir haben das Glück, dass eine Fremdfinanzierung zur Verfügung steht und deshalb steht es in der Verantwortung der Behörde die diesen Kredit erhalten hat, zu entscheiden, ob dies nochmals eine Vorlage benötigt oder wie man damit umgeht. Sie haben entschieden, dass die Zweckmittel eingehalten werden und eine Fremdfinanzierung zur Verfügung steht. So ist es zu verantworten, dass nicht nochmals eine Vorlage ausgearbeitet wird. Mit Verzögerungen wird es schwierig, den Zeitraum der zwei Jahre einzuhalten. Sie wäre froh, wenn es bei einer Orientierungsvorlage bleiben könnte.

**Gian Luca Marchetto fragt,** ob eine Vorlage bis April 2018 möglich wäre.

**Karin Sigrist** erklärt, dass eine Ausarbeitung möglich wäre aber die Einhaltung der Zweijahresfrist der Finanzierung das Problem ist. Die Grabungen der Archäologen dauern lange und diese müssen sofort in Angriff genommen werden.

**Cornelia Dean** möchte wissen, wie hoch die Fremdfinanzierung ist?

**Sönke Bandixen** teilt mit, dass 90%, Fr. 150'000.-, bei der Stadt liegen. Das Projekt ist seit 17 Jahren pendent. Jetzt wurde ein Weg gefunden, dieses zu sanieren. Der Einwohnerrat hat seinerzeit Fr. 410'000 gesprochen, jetzt sind es noch Fr. 150'000. Solange das Land nicht rückgebaut ist, können keine weiteren Planungen vorgenommen werden.

**Claudio Götz** meint, dies könnte wie vorgeschlagen schnell in eine Kreditvorlage umgewandelt werden. Im Februar wird es behandelt und es sind 2 Monate verloren gegangen und man ist immer noch völlig im Plan.

**Thomas Schnarwiler** weist darauf hin, dass aber anschliessend noch eine Volksabstimmung notwendig ist und dann ist die Finanzierung gestorben.

**Markus Vetterli** fragt sich, worin dieses vorhandene Misstrauen liegt? Ihn überzeugt diese Argumentation, dies ist ein umsichtig handelnder Stadtrat, der diese Chance packt. Niemand hat Interesse, dass Asbestfasern im Quartier herumfliegen, dies muss weg. Warum hat der Einwohnerrat nicht das Vertrauen, dass der Stadtrat dies jetzt so

durchzieht? Er kann verstehen, dass man dies gebunden deklariert. Da darf man jetzt wirklich das Vertrauen aussprechen.

**Christian Gemperle** möchte noch zu bedenken geben, dass der Abbruch dieser Gebäude mit Asbestsanierung auch eine Baueingabe braucht und da können Rekurse erwartet werden, auch dort wäre nochmals eine zeitliche Verzögerung möglich. Da muss jetzt vorwärts gemacht werden.

**Marcel Waldvogel** fragt sich, wieso immer diese zeitlichen Beschränkungen da sind, wenn es sowieso klar ist, dass mit Baueingabe, Einsprachen, möglicherweise bis vor Bundesgericht, eine Verzögerung von bis zu 2 Jahre möglich ist. Wenn man dann eine Finanzierung hat, die dies nicht berücksichtigt, ist dies ja nicht weitsichtig. Kann da der Finanzgeber nicht umsichtiger sein, wenn er sieht, dass es Probleme gibt.

**Sönke Bandixen** antwortet, dass keine Probleme da sind. Sie haben seit 17 Jahren einen unveränderten Zustand. Der Einwohnerrat hat Fr. 410'000 gesprochen und jetzt kommt der Stadtrat mit einer Vorlage, die noch Fr. 300'000 günstiger ist. Alles ist aufgegleist und jetzt muss es gemacht werden. Die Windler-Stiftung sagt nicht zu Unrecht, macht endlich vorwärts. Es wird ein normaler Zustand hergestellt, mehr nicht.

**Cornelia Dean** fühlt sich unwohl, wenn sie dort vorbeigeht. Es kann auch einmal für die Umwelt gefährlich werden, wenn die Gebäude einstürzen, es muss weg.

**Daniel Ochsner** unterstützt dies. Diese Altlast muss endlich abgeschlossen werden.

**Antrag Marcel Waldvogel, parteilos, auf Vorlegung eines Kreditantrags**
Der Antrag wird abgelehnt mit 1 Ja / 10 Nein / 2 Enthaltungen.

Zusammenfassung der Beschlüsse bezüglich der GPK Anträge:
Punkt 5a)

| | | |
|---|---|---|
| *I.* | *620.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Strasse und Beleuchtung* | ***abgelehnt*** |
| *II.* | *700.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Wasser* | ***abgelehnt*** |
| *III.* | *710.501.83 19 Niderfeldstrasse, Hemishoferstrasse-Schwemmgraben, Kanalsanierung* | ***abgelehnt*** |
| *IV.* | *942.503.12 Burg Hohenklingen, Sanierung* | ***abgelehnt*** |

Punkt 5b)

| | | |
|---|---|---|
| *I.* | *620.501.04 Neugestaltung Schifflände* | ***abgelehnt*** |
| *II.* | *620.501.66 Parkplatz Degerfeld* | ***angenommen*** |
| *III.* | *620.501.60 Parkhaus Undertor* | ***angenommen*** |
| *IV.* | *620.501.67 Ersatz Busparkplatz Undertor* | ***angenommen*** |
| *V.* | *090.504.00 Rathaussanierung* | ***angenommen*** |
| *VI.* | *210.503.00 Fassadensanierung Schulhaus Schanz* | ***abgelehnt*** |
| *VII.* | *620.501.47 Trottoir Sandgrueb (Migros)* | ***abgelehnt*** |

**Anträge des Stadtrats:**

1. Dem Budget 2018 Laufende Rechnung und Investitionsrechnung und dem Budget der Verbandsfeuerwehr Stein am Rhein und Hemishofen wird zugestimmt.
2. Der Bildung einer finanzpolitischen Reserve, der zweckgebundene Einlagen aus positiven Rechnungsabschlüssen zugewiesen wird, wird zugestimmt.
   Die finanzpolitischen Reserven betragen neu Fr. 219'900.
3. Aufgrund des kantonalen Steuergesetzes wird für das Steuerjahr 2018 eine Gemeindesteuer von 95 Prozent erhoben.

**Beschluss:**
Den drei obigen Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

*Die Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Art. 21, lit. A) der Gemeindeverfassung.*

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Einwohnerrat für die nachfolgend aufgeführten Investitionsvorhaben detaillierte Kreditvorlagen mit Finanzierungsnachweis zur Genehmigung vorzulegen. Die jeweiligen Budgetkredite bleiben gesperrt, bis der Einwohnerrat der entsprechenden Kreditvorlage zugestimmt hat.

*620.501.66 Parkplatz Degerfeld*
*620.501.60 Parkhaus Undertor*
*620.501.67 Ersatz Busparkplatz Undertor*
*210.503.00 Fassadensanierung Schulhaus Schanz*
*620.501.47 Trottoir Sandgrueb (Migros)*

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Kanton Schaffhausen, Amt für Justiz und Gemeinden, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
- Baureferat
- Werkreferat
- Finanzreferat
- Bereichsleiter Bau
- Bereichsleiter Finanzen
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

**BAU, Entsorgung und Umweltschutz, Altlasten** **00.40.005**

**44. Orientierungsvorlage: Sanierung Altlasten Areal Eggli**

Die Vorlage wird aus zeitlichen Gründen auf die Sitzung vom 16. Februar 2018 verschoben.

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat** **03.20.000**

**45. Wahl des Einwohnerratsbüros für 2018**

**45.1 Präsident (geheime Wahl)**
**45.2 Vizepräsident (geheime Wahl)**
**45.3 Aktuar (geheime Wahl)**
**45.4 2 Stimmenzähler (in offener Abstimmung)**

**45.1. Geheime Wahl:**
**Einwohnerratspräsident**

Ruedi Vetterli, parteilos, schlägt Jörg Derrer, SP, zur Wahl vor.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ausgeteilte Wahlzettel | | | 14 |
| Eingegangene Wahlzettel | | | 14 |
| Leer | | 1 | |
| Ungültig | | 0 | |
| Gültig | | | 13 |
| Absolutes Mehr | | | 7 |
| **Gewählt:** | | | **13** |

**Gewählt ist mit 13 Stimmen:** Jörg Derrer, SP

*****

**45.2. Geheime Wahl:**
**Vizepräsident**

Marcel Waldvogel, parteilos, schlägt Beat Leu, parteilos, zur Wahl vor.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ausgeteilte Wahlzettel | | | 14 |
| Eingegangene Wahlzettel | | | 14 |
| Leer | | 1 | |
| Ungültig | | 0 | |
| Gültig | | | 13 |
| Absolutes Mehr | | | 7 |
| **Gewählt:** | | | **13** |

**Gewählt ist mit 13 Stimmen:** Beat Leu, parteilos

*****

**45.3. Geheime Wahl:**
**Aktuar**

Gian Luca Marchetto, SVP, schlägt Claudio Götz, Pro Stein, zur Wahl vor.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ausgeteilte Wahlzettel | | | 14 |
| Eingegangene Wahlzettel | | | 14 |
| Leer | | 1 | |
| Ungültig | | 0 | |
| Gültig | | | 13 |
| Absolutes Mehr | | | 7 |
| **Gewählt:** | | | 13 |

**Gewählt ist mit 13 Stimmen:** Claudio Götz, Pro Stein

*****

**45.4. Offene Wahl:**
**2 Stimmenzähler**

Markus Vetterli, SP, und Daniel Ochsner, SVP, stellen sich zur Wiederwahl.

Als **Stimmenzähler** werden **einstimmig gewählt:** Markus Vetterli, SP
Daniel Ochsner, SVP

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Jörg Derrer, Bockrain 6, 8260 Stein am Rhein, mit Wahlanzeige
- Beat Leu, Flurweg 6, 8260 Stein am Rhein, mit Wahlanzeige
- Claudio Götz, Rietstrasse 45, 8260 Stein am Rhein, mit Wahlanzeige
- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Stadtpräsident
- Stadtschreiber
- Stadtkanzlei (Erstellen Wahlanzeigen, Nachführen aller Verzeichnisse)
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000**

## 46. Wahl eines Mitgliedes der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2017 - 2020

**Einwohnerratspräsident René Schäffeler** informiert über den bedauerlichen Rücktritt von Michael Flum aus der GPK aus gesundheitlichen Gründen. Mit Michael Flum verliert die GPK eine ausgewiesene Fachperson, die bereits einiges bewirken konnte. Es muss für die restliche Amtsdauer 2017 – 2020 ein Ersatzmitglied gewähnt werden.

Wahlvorschlag
**Claudio Götz, Pro Stein,** teilt mit, dass es Ihnen trotz der Kurzfristigkeit gelungen ist, einen Kandidaten zu finden und er schlägt Dr. Ueli Böhni als neues Mitglieder der GPK vor. Die meisten kennen Ueli Böhni als ausgewiesenen Fachmann, der schon in Arbeitsgruppen teilweise aktiv gewesen ist. Sie sind überzeugt, dass sie damit eine gute Person in dieses wichtige Gremium wählen und bitten um Unterstützung.

Diskussion

**Markus Vetterli** fragt, ob mit der Wahl von Ueli Böhni die ab 2018 verlangten Fachkompetenzen in der GPK gewährleistet sind. Soweit sie informiert sind, ist dies bei den bisherigen Mitgliedern nicht der Fall. Es ist diesbezüglich umso schlechter, dass sie Michael Flum verlieren, der ein ausgewiesener Rechnungsprüfer ist. Sie sind der Meinung, man müsste einen ausgewiesenen Finanzfachmann, mit den gesetzlichen geforderten Kompetenzen, finden. Er glaubt nicht, dass Ueli Böhni über dieses Profil verfügt.

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** erklärt, dass mit dem neuen Finanzgesetz und der Einführung von HRM2 neue Regulierungen kommen. Die GPK wurde darüber informiert und ist in Kenntnis der Sachlage. Falls diese Finanzkompetenz nicht in der GPK vorhanden ist, kommt gemäss Gesetz Plan B zum Tragen, d.h., dass die GPK nicht mehr befähigt ist, die Finanzrevision durchzuführen weder vom Budget noch von der Rechnung, sondern dafür eine externe Revisionsstelle angestellt werden muss. So ist das neue Gesetz und so machen es viele anderen Kantone bereits jetzt schon, Schaffhausen zieht jetzt nach. Die Schätzung sagt, dass dies ca. zwischen Fr. 30'000 bis 40'000 jährlich kosten würde. Eine externe Revision hat Vorteile, vor allem wenn man ein neues Rechnungslegungsmodell aufbaut, aber die Konsequenz wäre, dass die Kompetenz der GPK reduziert wird auf die politische Geschäftskontrolle, der ganze Finanzbereich ist abzugeben. Dies gilt ab 01.01.2018 und die GPK-Mitglieder sind die Ersten, die in dieser neuen Finanzrechnungslegung geschult werden, damit sie die Prozesse bereits entsprechend vorbereiten können.

**Beat Leu** würde gerne die verlangten Kriterien wissen, ob eine entsprechende Ausbildung verlangt wird oder auch die Erfahrung über die Jahre zählt und ob man, wenn man jetzt Ueli Böhni wählt, die Zahl der GPK nicht um eine Person mehr erhöhen könnte, die über diese Kompetenzen verfügt.

**Georg Berner, GPK,** teilt mit, dass sie eine solche Mitgliedererhöhung auch diskutiert haben und wie die GPK neu gestaltet werden könnte. Um diesem Gesetz gerecht zu werden, brauchen sie eine Person auf der Ebene Revisor. Die Schule ist der grösste

Kostenblock im Moment und Ueli Böhni verfügt diesbezüglich über vertiefte Kenntnisse. Es ist aber nicht das Ziel der GPK, über die nächsten 10 Jahre eine halbe Million für externe Revisionsarbeiten auszugeben.

**Markus Vetterli** fragt, ob auch ein Mittelweg denkbar wäre, indem man einen Profi in die GPK wählt und diesen bezahlt mit mehr als nur Sitzungsgeldern, damit die Fr. 40'000 eingespart werden könnten und die GPK einfach ein bezahltes Mitglied hätte.

**Karin Sigrist** verweist auf die Stadtverfassung Art. 24, dort steht, dass die GPK aus 5 Mitgliedern besteht, davon müssen 2 aus dem Einwohnerrat sein. Eine Änderung würde eine Volksabstimmung bedingen.
Zudem verliest sie die neuen Bestimmungen zum Gemeindegesetz: «Befähigt ist das Rechnungsprüfungsorgan oder die GPK, wenn zumindest eine Person dieses Organs über ausreichende Kenntnisse des Gemeindefinanzhaushaltes, des Rechnungswesens und der Revision von Gemeinderechnungen verfügt.»
Die Gemeindepräsidenten haben vom Amt für Justiz die Informationen erhalten, welche Anforderungen, welches Profil verlangt wird. Viele Gemeinden werden jetzt das Problem haben, dass sie kein professionelles Mitglied in der GPK haben. Hätte man einen Treuhänder, der dieses Profil nicht erfüllt, könnte man dafür kämpfen, aber es ist schwer abzuschätzen, was vom Amt für Justiz akzeptiert wird.

**René Schäffeler** gibt zu bedenken, dass es in Stein am Rhein relativ schwierig werden wird, eine geeignete Person zu finden, die das ehrenamtlich machen möchte.

**Werner Käser** stellt die Frage, was dann die Alternative wäre, wenn man heute kein Mitglied in die GPK wählt. Man hätte dann eines zu wenig und würde die gesetzlichen Vorschriften noch weniger erfüllen. Er möchte beliebt machten, die GPK zu komplettieren und sich danach auf die Suche nach einer geeigneten Person zu machen. Bis Ende Jahr zaubert niemand einen diplomierten Buchhaltungsrevisor aus dem Hut.

**Markus Vetterli** hat Karin Sigrist so verstanden, dass nicht mindestens sondern genau 5 Sitze in der GPK sind. Es wäre ja ein Affront, wenn man jetzt jemanden wählt und dieser nach 3 Monaten zugunsten eines Finanzfachmannes wieder zurücktreten müsste. Dies wäre dann extrem seltsam.

**Werner Käser** meint, da müsste sich die GPK dann selbst konstituieren. Vielleicht verzichtet ja dann nicht die neu gewählte Person auf den Sitz, sondern ein anderes Mitglied, das wäre ja alles denkbar. Die GPK sollte auf den 01.01.2018 mindestens wieder vollständig besetzt sein.

**Markus Vetterli** fragt nochmals nach, ob es legal ist und opportun, nebst ehrenamtlichen Mitgliedern ein bezahltes Mitglied in der Kommission zu haben, aufgrund dessen erweiterten Kompetenzen.

**René Schäffeler** erklärt, dass dies dann in einem Auftragsverhältnis stattfinden müsste.

**Sönke Bandixen** weiss nicht, ob damit die gesetzlichen Bestimmungen erfüllt wären, da die Kompetenz innerhalb der GPK sein müsste. Wenn jetzt Ueli Böhni gewählt wird, geht er davon aus, dass man bei Plan B ist. Dann verzichtet die GPK für mindestens für

1 Jahr auf diese Kompetenz, d.h., die Stadt stellt im Budget einen Nachtragskredit für das Jahr 2018.

**Cornelia Dean** fragt, ob es möglich wäre, die Wahl auf die nächste Sitzung im Februar 2018 zu verschieben, um so Zeit zu erhalten, doch noch einen geeigneten Kandidaten zu finden. In dieser Zeit stehen bei der GPK keine dringenden Arbeiten an.

**Peter Spescha** möchte den Antrag stellen, dass die Wahl auf die nächste Einwohnerratssitzung verschoben wird.

**Markus Vetterli** ergänzt, dass es ist nicht Auftrag der GPK ist, sich selber zu ergänzen. Der Einwohnerrat ist die „GPK wählende Behörde“ und in der Pflicht, geeignete Mitglieder zu suchen.

**Beat Leu** meint, so könne man vorgehen, wenn man die entsprechenden Profis hat. Jetzt hat man einen Kandidaten, der sich für die GPK zur Verfügung stellt. Es stellt sich die Frage, wie man mit dieser Situation, dass man einen Profi braucht, umgeht. Er findet es schlecht, wenn die Wahl verschoben wird, denn er wüsste nicht, welchen Kandidaten sie bis Februar 2018 vorweisen könnten.

**Cornelia Dean** findet alles sehr kurzfristig. In der Zeit bis Februar könnte man sich nochmals umhören. Wenn niemand gefunden wird, kann man immer noch so vorgehen und einen Budget Nachtrag machen.

**Marcel Waldvogel** gibt zu bedenken, dass Michael Flum diesbezüglich ein Glücksfall war, nur wenige Personen erfüllen die geforderten Anforderungen. Da schüttelt man niemanden so schnell aus dem Ärmel. Auf dem Stadtgebiet Stein am Rhein findet man evtl. 2 Personen, aber diese dafür zu gewinnen, dafür besteht wenig Aussicht.

**Abstimmung Verschiebung Wahl**
Der Antrag von **Peter Spescha, SP,** auf Verschiebung der Wahl Mitglied GPK auf die Sitzung vom 16. Februar 2018 wird abgelehnt. 4 Ja / 6 Nein / 3 Enthaltungen.

Wahl Ueli Böhni Mitglied GPK Amtsdauer 2017 – 2020:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Ausgeteilte Wahlzettel | | | 14 |
| Eingegangene Wahlzettel | | | 14 |
| Leer | | 4 | 0 |
| Ungültig | | 0 | 0 |
| Gültig | | | 10 |
| Absolutes Mehr | | | 6 |
| **Gewählt:** | | | **10** |

**Gewählt ist mit 10 Stimmen:** Ueli Böhni

Mitteilung an
mit Protokollauszug:
- Ueli Böhni, Oehningerstrasse 14, 8260 Stein am Rhein, mit Wahlanzeige
- Einwohnerrat, Präsident, René Schäffeler, Chupferwise 4, 8260 Stein am Rhein
- GPK, Präsident, Georg Berner, Understadt 3, 8260 Stein am Rhein
- Stadtpräsident
- Stadtschreiber
- Stadtkanzlei (Erstellen Wahlanzeige, Nachführen aller Verzeichnisse)
- Ablage Ordner Stadtkanzlei
- Ablage

**INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat 03.20.000**

**47. Allgemeine Umfrage**

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** gratuliert im Namen des Stadtrates allen neu Gewählten, dankt René Schäffeler für die umsichtige Sitzungsführung im vergangenen Jahr und wünscht allen schöne Festtage.

**Claudio Götz, Pro Stein,** schliesst sich den Worten des Stadtpräsidenten an und bedankt sich im Namen der Fraktion ebenfalls bei Rene Schäffeler.

**Einwohnerratspräsident René Schäffeler** schlägt vor, dass die Richtlinien für den Verkauf von Grundstücken, wie Anfangs Sitzung bereits angedacht, auf die nächste Sitzung im Februar verschoben wird.

Dann muss er die Anwesenden darüber informieren, dass Ruth Wildberger, SP, aus gesundheitlichen Gründen den Rücktritt aus dem Einwohnerrat gegeben hat. Er bedauert dies, war Ruth Wildberger als Sprecherin der SP-Fraktion stets sehr engagiert. Er wünscht ihr alles Gute für die Gesundheit und nimmt den Rücktritt somit zur Kenntnis. Die Ersatzwahl findet am 4. März 2018 statt.

**Markus Vetterli, SP,** teilt mit, dass er infolge des schmerzlichen Rücktritts von Ruth Wildberger die Leitung der Linken Fraktion übernommen hat und neu Ansprechpartner ist. Auch er dankt René Schäffeler für die geleistete Arbeit während des vergangenen Jahres.

**Sönke Bandixen, Stadtpräsident,** informiert noch, dass die Baustelle der ARA/Kläranlage zurzeit ruht. Die Wiederaufnahme ist auf Anfangs, vielleicht auch erst gegen Ende Januar 2018 geplant. Grund ist ein Maschinendefekt sowie ein neues geologisches Gutachten, welches erstellt werden muss.

Schluss der Sitzung 00.30 Uhr

Für das Protokoll:
Stein am Rhein, 26.12.2017

Yvonne Widmer